

KURDISTAN REPORT

Jahrgang: 1
Dezember 1983
Nr: 6
Preis: 2,-DM

- **Die Erdbeben Katastrophe in Kurdistan**
- **4 Weitere Todesstrafen in PKK-Prozeßen!**
- **Erlebnisse eines Soldaten.**
- **Bericht einer Kommission über die Prozeße in Diyarbakir.**

AN DIE KURDISTAN–REPORT LESER !

In den vergangenen Monaten sind in der Welt und in Kurdistan äußerst wichtige Ereignisse vor sich gegangen.
Der imperialistische Block, an seiner Spitze der US–Imperialismus, geht in zwei empfindsamen Regionen der Welt offen zum Angriff über, ohne dabei seine Marionetten zu benötigen. Auch die revolutionären und demokratischen Kräfte der Welt haben ihren Kampf in diesen Gebieten noch weiter verstärkt. Die zunehmenden Bedrohungen und Angriffe des Imperialismus, die sich gegen die Völker der Welt richten, betonen noch einmal die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen den Völkern zu verstärken.
Kurdistan, das im Herzen des Mittleren Ostens liegt, ist mit den Geschehnissen der letzten Zeit zu einem Brennpunkt geworden, der auf die Entwicklungen der umliegenden Regionen Einfluß nimmt.
Durch das am 2. September 83 begonnene Todesfasten haben die Kriegsgefangenen die Brutalität der faschistischen Junta gegen das kurdische und türkische Volk in den letzten Monaten an das Licht der Öffentlichkeit gebracht, während die kolonialistische türkische Bourgeoisie vor den Augen der Welt ihren Wahlbetrug durchzuführen versuchte. In den Kerkern von Diyarbakir haben die PKK–Kriegsgefangenen am 28.September 1983 ihr Todesfasten, das sich gegen die Vernichtungs– und Kapitulationspolitik des Kolonialismus richtete, erfolgreich beendet. Dieses Todesfasten hat den entschlossenen Widerstand und den unbeugsamen Kampf des kurdischen Volkes bewiesen, und die Angriffe und Betrügereien des Feindes gegen das kurdische Volk, stellvertretend gegen die PKK, zunichte gemacht. Die türkische faschistische Junta versuchte die Völker der Welt und die Kreise der Demokratie durch ihre Wahldemagogie irrezuführen. Aber sie steht auch im Ausland einer starken und verbreiteten Opposition gegenüber. Sowohl die europäischen, demokratischen Kreise als auch die revolutionär–fortschrittlichen Kräfte des Mittleren Ostens festigten ihre existierenden Bindungen zu unserem Kampf. Sie zeigten damit, daß unser Volk in diesem Kampf nicht allein steht.
Die Unterdrückung und Folterpraxis der Junta hat die ganze Welt empört. Sogar ihre Bündnisspartner sind in eine Situation geraten, in der sie die Junta nicht mehr offen verteidigen können. Während dieser Zeit sind mehrere Kommissionen aus Europa in die Türkei gefahren, um die Zustände in den Gefängnissen zu untersuchen und etwas zu unternehmen.
Die Kriegsgefangenen, die in Diyarbakir und anderen Gefängnissen Kurdistans festgehalten sind, wollen mit ihren nach außen gelangten Mitteilungen nicht nur Unterstützung für ihren Widerstand gewinnen, sondern auch die Aufmerksamkeit auf die Vorkehrungen und Pläne des Imperialismus und des türkischen Kolonialismus ziehen. Diese Kräfte verfolgen die Absicht, den nationalen Befreiungskampf Kurdistans niederzuschlagen und ein Kurdistan zu schaffen, dessen Widerstand gebrochen ist, um von dort aus die Kämpfe der Völker für soziale und nationale Befreiung in dieser Region zu ersticken. All diese Vorbereitungen, die sich am stärksten in der Unterdrückung in den Gefängnissen zeigen, spiegeln einen Teil ihrer allgemeinen Ziele wider.
Ob diese Mitteilungen der Gefangenen die Völker der Welt erreichen und ein Echo finden werden, wird sich in der vor uns liegenden Phase zeigen. Wir erleben eine Zeit, in der man sich nicht damit begnügt, mit dem Schicksal des kurdischen Volkes zu spielen, sondern man will auch die Zukunft der Völker in der Region verdunkeln. Wir sind davon vollkommen überzeugt, daß wir in einer solchen Zeit die stärkste Solidarität und Unterstützung der Arbeiterklasse und demokratischen Kräfte in Europa, der nationalen Befreiungsbewegungen und der revolutionären Kräfte der Welt erhalten werden.
Das Bekanntwerden unseres Landes und unseres nationalen Befreiungskampfes und die Entlarvung der Pläne des Feindes werden bei der Festigung unserer Bindung zum Proletariat und den Völkern der Welt eine erhebliche Rolle spielen.
Kurdistan ist seit Jahrhunderten von der Welt abgeschlossen, seine Kontakte zu den Völkern der Welt wurden abgebrochen. Unsere Feinde, der Imperialismus und der türkische Kolonialismus, sind zugleich die Feinde der Völker der Welt. Unser nationaler Befreiungskampf unter der Führung der PKK befindet sich in einer Phase, in der er mannigfache Beziehungen zu den Völkern der Welt aufgebaut hat. Die Feinde versuchen diese Beziehungen durch vielfache Angriffe und Manöver aufzuheben, so daß sie ihre Herrschaft noch eine Weile aufrecht erhalten können.
Der Imperialismus und die kolonialistische türkische Bourgeoisie, die am 12.September eine blutige Diktatur der Generäle an die Macht gebracht haben, versuchen nicht nur die Werktätigenklassen der Türkei und Kurdistans unter ihrer Herrschaft zu halten, sondern treffen auch Vorbereitungen zur offenen Invasion gegen die Völker der Region. Mit der betrügerischen Maske "Wahl-und Demokratieversprechen" beabsichtigt sie, ihr blutiges Gesicht zu verschleiern und vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Die faschistische Diktatur unter Führung der Generäle hat, um ihre Ziele zu verwirklichen, Parteien gegründet, die von ihr unmittelbar abhängig sind, und sich für diese Ziele einsetzen werden. Sie hat –ohne das Recht auf Opposition anzuerkennen– die Kreise der zivilen Bourgeoisie einem tollwütigen Terror ausgesetzt. In der Zeitspanne der "Wahlpropaganda" hat sie hinterhältige Taktiken verfolgt und versuchte, eine angebliche "Oppositionsatmosphäre" vorzutäuschen, obwohl alle drei gegründeten Marionettenparteien das Produkt ihrer eigenen Hände waren. In der von der Junta vorbereiteten Inszenierung "siegte" die Partei, die sie scheinbar kritisiert hatte. Damit vervollkommnete sie ihre Inszenierung und beanspruchte für sich das ausschließliche Recht, der "Sendbote der Demokratie" zu sein.
Es ist klar, daß die Schachfiguren, die bei der Partie vom 6. November auf dem Feld standen, alle Köder der selben Hand waren. Trotzdem hat die Partei von Sunalp "MDP" (National-Demokratische Partei), die man als Partei des Regimes darstellte, die "Wahl" nicht gewonnen, sondern "ANAP" (Mutterlandspartei) unter dem Vorsitz von Özal. Sie versuchten mit einem solchen Manöver, die "Liebe" zur Demokratie zu "beweisen". In Bezug auf die Wahlen vom 6.November in der Türkei wird eine detaillierte Bewertung in der nächsten Ausgabe des Kurdistan–Reports erscheinen. Wir wollen Euch trotzdem folgendes darlegen, daß nämlich weder die "Wahlen" noch der Wahlausgang irgendeine Bedeutung für die Völker Kurdistans und der Türkei haben, weil die Macht in der Türkei am 12. September 1980 ihr letztes Stadium schon erreicht hat und dieses heißt: militärische, faschistische Diktatur! Diese faschistische Diktatur, die mit Waffengewalt jegliche demokratischen Rechte aufgehoben und unsere Länder zu einem Kerker umgewandelt hat und versucht, die letzten Überreste der "Demokratie" unter Gewehrkolben und Militärstiefeln zu zerquetschen, kann sich nicht als Verteidiger der "Demokratie" darstellen. Sogar die Errichtung einer bürgerlich–demokratischen Herrschaft ist nur durch Sturz der blutigen faschistischen Diktatur durch den Kampf der Völker der Türkei und Kurdistans möglich. Für unsere Völker ist es ein Rückschritt, innerhalb der Grenzen eines von der Junta aufgezwungenen Ereignisses zu diskutieren. Nach unserer Meinung ist das Ereignis der "Wahlen", das ein Teil des Programms der Junta darstellt, aus dieser Perspektive zu betrachten. Die infolge innerer und äußerer Zusammenhänge geplante "Wahl" und ihre Umsetzung in die Praxis ist ein offener Betrug und ein verchleiertes Bild der Junta.

Natürlich ist es sehr wichtig, daß nach dem Wahlausgang bekannt geworden ist, daß die Partei, die als Partei des Regimes propagiert wurde, die "MDP", verloren hat, obwohl die Massen unter Druck gesetzt wurden, damit sie ihre Stimmen dieser Partei gaben. Dieses Ergebnis versetzte sogar die Junta selbst vor ihren eigenen Spielereien in tiefe Angst. Der Wahlausgang ist auch nicht so zu bewerten, daß die Massen eine Partei gewählt haben, die nicht dem Willen der Junta entspricht. Die Junta wollte dem Volk lediglich ihren eigenen Willen, in drei Varianten, aufzwingen. In Wahrheit sind alle diese 3 Parteien in der Hand der Junta. Wir sind uns darüber im klaren, daß diese Parteien ins Spiel gebracht wurden, um die türkische Armee nicht zu ruinieren und ihr nach innen und außen Bewegungsmöglichkeiten zu verschaffen, um so das 12. September-Programm weiterzuführen. Dadurch befindet sich die türkische Junta unter einem Deckmantel, mit dem sie die Volksopposition abzulenken versucht und den sie jederzeit wieder abwerfen kann.
Es ist auch bekannt, daß der Imperialismus zusammen mit der türkischen–faschistischen Armee während der Wahlvorbereitungen in kollaborierender Weise anti–revolutionäre Aktivitäten in den Grenzgebieten zwischen Nord–Kurdistan (Türkei), Ost–Kurdistan (Iran) und Süd–Kurdistan (Irak) vorangetrieben hat. Dieser Raum ist ein Gebiet, auf dem CIA–Agenten, verbliebene Schah-Anhänger und alle Reaktionäre der Region und der Welt ihre Pläne zu verwirklichen und von dem aus sie Vorbereitungen für die Angriffe gegen die Völker der Region zu starten versuchen. Diese Ereignisse sind auch in der europäischen Öffentlichkeit bekannt geworden. Die kolonial–faschistische türkische Armee, die von seiten des Imperialismus gegen die Völker der Region ausgerüstet wurde, wird in der Zeit nach der Wahl noch tollwütiger und ihre Angriffe weiter fortsetzen. Diese Entwicklungen sind auf dem ersten Blick zu sehen. Das Volk von Kurdistan wird noch massiverem Völkermord ausgesetzt sein. In den Gefängnissen werden Massaker verübt, die Gerichte vollstrecken hintereinander Todesurteile und das Volk wird in noch größerem Maß ausgeplündert und ausgebeutet. Nachrichten, die wir in diesem Heft veröffentlichen und die uns täglich erreichen, machen dies deutlicher.
Das Bild des Erdbebens von Erzurum verschafft uns Klarheit über das Ausmaß der Ausplünderungen und Massaker, denen unser Volk ausgesetzt ist. Das Erdbeben, das im Westen der Türkei nicht so viele Menschenleben gefordert hätte, verursachte in Kurdistan ein Massaker. Doch das ist nicht alles, sogar die Hilfsgüter an die Erdbebenopfer wurden gestohlen und beschlagnahmt. Die Menschen wurden einfach dem Tode überlassen.
Die vor uns liegende Periode wird für unser Volk hart und bitter sein. Der Glaube daran, daß wir bei der Überwindung der Probleme die Unterstützung der Völker der Welt erhalten werden, macht uns stärker.

4 WEITERE TODESSTRAFEN IN PKK-PROZESSEN

In dem beendeten PKK-Suruc-Prozeß sind 4 Todesstrafen und 4 lebenslange Haftstrafen gefällt worden

In dem beendeten PKK-Suruc-Prozeß sind 4 Todesstrafen und 4 lebenslange Haftstrafen gefällt worden.
In den unter Folter und Unterdrückung durchgeführten und mit Widerstand verknüpften PKK-Prozessen werden die Todesurteile Schritt für Schritt gefällt.
Die im Rahmen der Kriegsrecht-Kommandantur von Diyarbakir und des 2. Militärgerichts durchgeführten PKK-Suruc-Prozesse umfassen 213 Personen. Diese Prozesse sind am 12. Oktober 1983 mit 4 Todes- und 4 lebenslangen Haftstrafen beendet worden.
Die Kriegsgefangenen haben während der letzten Verhandlung am 12. Oktober 1983, die um 10.oo Uhr begann, ihre Entschlossenheit und Verbundenheit zum Ausdruck gebracht. Die letzte Verhandlung fand unter einer großen militärischen Kontrolle statt. Nach der Verlesung der Urteile wurden die Kriegsgefangenen verschiedenen Angriffen ausgesetzt und unter Folter ins Gefängnis gebracht.
Abdi Ay, Mustafa Celık, Bekir Yavuz und Salih Tugalan sind zum Tode verurteilt worden; Ismet Karak, Mustafa Günay, Halil Caymazer und Enver Polat sind zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt worden.
Die anderen Verurteilten erhielten folgende Haftstrafen:
Abdulkadir Ceylan (36 Jahre), Halit Yildirim, Nebi Sahin und Hasan Cindi (alle 30 Jahre), Ferhat Aktop (27 Jahre), Ramazan Ates (26 Jahre), Ahmet Seremen, Sedat Bilici, Haydar Saldar und Zeki Yilmaz (24 Jahre).
Außerdem erhielten 7 Personen eine Haftstrafe von 11 bis 23 Jahre, 16 Personen eine Haftstrafe von 10 Jahre, 49 Personen eine Haftstrafe von 5 Jahre. 120 Personen sind aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden.
Trotz der Versuche, die PKK-Prozesse zu vertuschen, haben die revolutionären Häftlinge mit ihrem Widerstand die türkischen Kolonialisten entlarvt. Die PKK-Suruc-Prozesse haben die Entschlossenheit der Kriegsgefangenen zum Kampf erneut bekräftigt und die Junta zum Wahnsinn getrieben.
Die kolonialistischen Faschisten haben gegen die Entschlossenheit der Kriegsgefangenen manchen armseligen Kreaturen das Leben geschenkt und wollten damit zeigen, daß sie die Verräter belohnen. Zu diesem Ziel haben sie die Akten der 3 Verräter, deren Anklage Todesstrafe lautete, aus "verschiedenen" Gründen zur Seite gelegt und erklärt, daß für diese Personen eine Sonderbehandlung stattfindet. An erster Stelle die zum Tode Verurteilten, die Volksmassen und alle anderen Gefangenen halten ein Leben, welches auf Verrat am Volk und an der Partei basiert, als eine Schande der Menschheit und sind den Todesurteilen und allen anderen Strafen mit Stolz begegnet.
Die Worte Kemal Pir's "Da die Strafe eine politische Strafe ist, wird sie für mich eine Ehre sein." haben in dem Gerichtssaal wieder ein Echo gefunden.

Der PKK-Südprovinzen-Prozeß geht weiter Erst geteilt und dann zu einem Zentralprozeß zusammengefaßt

Der 620 Personen umfassende PKK-Südprovinzen-Prozeß wurde am 28 September in Adana fortgesetzt.
Die Kommissionen, die von dem 1. Militärgericht der Kriegsrechtkommandantur eingesetzt worden waren, leiteten bis jetzt die PKK-Südprovinzen-Prozesse. Bei diesen geteilten Prozessen wurden zahlreiche Todesurteile und lebenslange Haftstrafen gefällt und 201 Personen freigesprochen.
Nach neuesten Informationen werden die PKK-Südprovinzen-Prozesse ab sofort nicht mehr in 5 verschiedenen Städten, sondern zentralisiert in Adana weitergeführt.

Die Wunden einer blutigen Geschichte

DIE ERDBEBENKATASTROPHE IN KURDISTAN!

Die Wunden des Erdbebens von Van im Jahre 1976, das ca. 4000 Menschenleben forderte, sind heute noch nicht verheilt. Bei dem Erdbeben am 30. Oktober 1983, das früh morgens mit einer Stärke von 7,1 auf der Richterskala die Ortschaften Pasinler, Horasan und Narman bei Erzurum und die Ortschaft Sarikamis bei Kars erschütterte, kamen 1331 Menschen ums Leben. Das starke Beben hat insbesondere die Dörfer Muratbagi, Kizlarkale, Gerek, Koyunören, Camlikale, Akcatas, Balabantas, Karabiyik, Dönertas, Azup, Hicasu, Akören, Yukaribademözü, Yörükatli entweder ganz zerstört und dem Erdboden gleichgemacht oder ihnen große Verluste zugefügt.
Aus den Trümmern werden noch viele Leichen geborgen, tausende von Kindern wurden elternlos; Kälte und Hunger, die unsere Menschen verfolgen, kommen noch hinzu.
Über das Erdbeben von Erzurum haben die Bourgeoisie-Zeitungen zahlreiche Kommentare veröffentlicht. Diese Kommentare bezeichneten das Erdbeben nicht als Schicksal und gaben an, daß die Toten nicht alle Opfer des Erdbebens selbst seien, sondern auch ganz klar die eines Massakers.
Kurdistan in den Händen des kolonialistischen türkischen Staates ist für die Kurden zu einem Grab geworden. Jeden Tag werden Menschen getötet und vor den Augen der Welt werden zahlreiche Massaker durchgeführt.
Die Häuser von Erzurum sind wie überall in Kurdistan aus Stein und Lehm gebaut, die Menschen stehen zweifellos heute schon mit einem Bein im Grab. Selbst für Tiere bieten die Häuser nur unzureichend Schutz, geschweige denn für die Menschen, und sie gleichen eher einer Todesfalle. Aber die Zustände wurden bisher von den Kolonialisten nicht zur Kenntnis genommen, auch in Zukunft wird dies nicht der Fall sein, denn auf diese Weise halten die türkischen Kolonialisten ihre Macht über Kurdistan aufrecht; sie sind für die bestehende Situation verantwortlich. Die Macht der türkischen Junta basiert auf dem vergossenen Blut, dem Hunger und dem Elend unseres Volkes.
Die Massaker und Verbrechen in Kurdistan bedeuten heute die Grundlage für das Überleben der Kolonialisten. Sowohl die Fruchtbarkeit unseres Landes als auch die Kraft der Menschen werden vollkommen ausgebeutet. Unter Blutvergießen wird unseren Kindern jede Hoffnung genommen. Die Kolonialisten sind nicht nur für die Erdbebenopfer verantwortlich, sie sind auch die Mörder eines jeden umgekommenen Menschen in Kurdistan, denn unser Volk wird durch Hunger, Krankheit und durch Zwangsumsiedlung in den sicheren Tod geführt.



Bei dem Erdbeben sind 1331 Menschen in Kurdistan ermordet worden, tausende sind verwundet, tausende hungrig, krank und in der Kälte erfroren. In der Gegend von Erzurum werden die Menschen dem Tod überlassen. Die Aussage eines Kurden aus Erzurum zeigt, daß das eigentliche Problem nicht das Erdbeben ist, denn: "Wenn es regnet, lösen sich unsere Häuser auf wie Seife im Wasser."
Eine andere Nachricht betrifft den Ortsvorsteher von Koyunören bei Narman, der sich wegen der Verlegung seines Dorfes an einen anderen Ort schon 1969 bei den zuständigen Behörden erkundigt hat. Er schildert die Situation folgendermaßen: "Im Jahre 1969 gab es einen Erdrutsch in unserem Dorf. Danach wollten wir unser Dorf an einen anderen Ort verlegen. Es sind einige Geologen aus Ankara gekommen. Doch nach einer Untersuchung sagten sie, der Ort sei sicher und es würde nichts passieren. Ich möchte diese Leute sehen, die gesagt haben, dieses Dorf sei sicher."
Die Zahl der Einwohner dieses Dorfes wurde in einem Zeitungsbericht vom 2. November mit 732 angegeben. Jetzt wurden 125 Leichen aus den Trümmern geborgen, und kein Haus ist unversehrt geblieben. Das Erdbeben hat alle Häuser dem Erdboden gleichgemacht. Dies ist nur eine von vielen Nachrichten, die uns aus dem Katastrophengebiet erreichen.

Die Schar der Aasgeier

Gleich nach dem Erdbeben versuchen die Kolonialisten, wie die Aasgeier, der Bevölkerung auch den letzten Bissen wegzureißen.
Im Umkreis von Erzurum und Kars sind insgesamt 38 Siedlungen und Dörfer vom Erdbeben betroffen. Dieses Unglück hat viele Menschenleben gefordert. Die einzige Lebensgrundlage der Bevölkerung ist Viehzucht, aber das Vieh ist zum Teil bei dem Erdbeben getötet oder von den Kolonialisten weggenommen worden.
Wie bisher jedes Erdbeben, so ist auch dieses eine Quelle der Ausbeutung und des Raubes für die Kolonialisten geworden. Als ob die Bevölkerung mit diesem Elend und der ausweglosen Situation nicht schon genug bestraft wäre, versuchen die Kolonialisten jetzt auch noch, ihr den letzten Bissen wegzunehmen und sie ihrem Elend zu überlassen.
Die Menschen, die obdachlos geworden sind und ihre engsten Angehörigen und Verwandten verloren haben, verlieren jetzt auch noch ihre Einkommensquelle. Bei Erdbeben, die im Winter passieren, stürzen sich die Kolonialisten wie ausgehungerte Wölfe auf die Bevölkerung.
Die Menschen finden für ihr Vieh kein Heu und Stroh und haben keine Möglichkeit, es vor der Kälte zu schützen. Um wenigstens zu etwas Geld zu kommen, sind sie gezwungen, das Vieh an Fleisch- und Fischfabriken zu verkaufen. Die von der Regierung beauftragten Fabriken kaufen den Bauern das Vieh und die Tierprodukte entweder nur zu sehr niedrigen Preisen ab oder sie versprechen, das Geld später zu zahlen, gleichzeitig bezeichnen sie sich als Wohltäter der betroffenen Bevölkerung.
Die hilflosen Dorfbewohner standen diesem letzten Raub hilflos gegenüber, und die Händler wissen, wie sie aus dieser Situation Profit schlagen können. Die Bewohner des Gebietes, die Kurden, wundert diese Vorgehensweise nicht, denn sie kennen ihren Feind nur zu gut.
Außerdem ist die aus aller Welt zum Erdbebengebiet gesandte Hilfe, wie Bargeld und Material jeder Art, für die Junta zu einer Profitquelle geworden. Die vom Ausland geschickten Lebensmittel, Bekleidung, Medikamente usw., die Millionen Dollar wert sind, sind nie im Erdbebengebiet angekommen, sondern längst beschlagnahmt worden.
Auch dies ist nichts Neues. Nach jedem Erdbeben erlebt man ausnahmslos die gleiche Situation.
Seit dem Erdbeben in Van im Jahre 1976 ist nicht vergessen worden, was in den Medien darüber berichtet und von der Bevölkerung verbreitet wurde. Die Hilfsgüter, die zu den Betroffenen geschickt werden sollten, sind nicht bei ihnen angekommen. Das Volk wurde seinem Schicksal völlig überlassen, so wurden z.B. Lebensmittel auf den Markt gebracht, das Bargeld wurde beschlagnahmt, die warmen Decken und die Bekleidung wurden nicht verteilt, Gesundheitskontrollen und ärztliche Behandlungen fanden nicht statt. Einige der Scheinhilfsmittel, wie z.B. Schuhe mit hohen Absätzen oder durchsichtige und dünne Kleidungsstücke wie sie noch nicht einmal der bürgerlichen Bevölkerung entsprachen, wurden eher als Witz aufgefaßt.
Obwohl die Betroffenen, die jetzt im Schlamm nackt und hungrig auf Hilfe warten, dringend auf jede Unterstützung angewiesen sind, wird ihnen noch das Wenige, was sie besitzen, von den Kolonialisten aus der Hand gerissen. Deshalb sollten die Institutionen und die Bevölkerung, die Hilfe leisten, ihre Spenden bis zur Verteilung an die Betroffenen unter Kontrolle behalten. Man sollte sich vor Augen führen, daß trotz der Armut der Betroffenen die Junta mit den Spenden ihre Krise zu überwinden versucht. Wir müssen darauf hinweisen, daß ein großer Teil dieser Spenden aufgrund der heutigen politischen Situation verschiedene Absichten verfolgt. Mittlerweile sind die Hilfeleistungen wirtschaftliche Voraussetzungen für das Überleben der Junta geworden. So hat z.B. Saudi-Arabien unter dem Vorwand der Hilfeleistung an die Erdbebenopfer 10 Millionen Dollar an die faschistische Junta gesandt und sich damit mitschuldig gemacht. Mit den weltweiten "Spenden" hätten die Dörfer im Erdbebengebiet mehrmals wieder aufgebaut werden können. Es ist klar, daß die Junta, die gegen das kurdische Volk und die Bevölkerung dieser Region eine Kriegskampagne ausgerufen und Invasionen durchgeführt hat, sich jetzt als hilfreicher Wohltäter darstellen möchte. Hierauf muß die Aufmerksamkeit der Völker der Welt gerichtet sein. Im Namen der Erdbebenopfer dürfen die gespendeten Dollar den Marionetten nicht als Waffe übergeben werden.

Zweite Katastrophe; Zwangsumsiedlung

Mit dem Erdbeben in Türkei-Kurdistan wurden viele tausende Häuser zerstört. Als Folge mußten die betroffenen Dorfbewohner mit ihren Habseligkeiten und den am Leben gebliebenen Zugtieren das Gebiet verlassen.
Nach dieser Katastrophe mußten die Betroffenen mit großem Schmerz und Traurigkeit in der Seele ihre Heimat verlassen und haben noch dazu ihre Familie, Verwandte, Bekannte, Tiere, Häuser und ihren Besitz verloren. Kinder, die ihre Eltern und Verwandte verloren haben, wurden von türkischen Soldaten in Internate gebracht. Die älteren Bewohner, die der Situation hilflos gegenüberstehen, sind gezwungen auszuwandern. In der Geschichte Kurdistans haben die faschistischen Kolonialisten schon einige Deportationen und Zwangsumsiedlungen vorgenommen, wobei sie ihre Ziele jedoch

nicht erreichten. Diese Naturkatastrophe benutzen die faschistischen Kolonialisten natürlich als Gelegenheit, die Kurden aus ihrem Heimatort zu vertreiben. Es besteht die Möglichkeit, weiterhin in dem Erdbebengebiet wohnen zu bleiben, weil keine Zelte zum Schutz gegen Regen und Kälte vorhanden sind. Ein weiteres Problem sind die Angriffe von Wölfen, die das Leben noch schwieriger machen. In dieser Situation haben es die Kolonialisten einfach, ihre Ziele wie Deportation und Zwangsumsiedlung durchzusetzen. Die faschistische Regierung hat es nicht mehr nötig, die Kurden mit Waffengewalt zu unterdrücken. Die Kurden sind mit ihrem Schicksal allein gelassen, von außen (z.B. durch Spenden) kommt keine Hilfe. Ein Antrag auf finanzielle Unterstützung bei der Regierung gegen die Kälte und Angriffe der Wölfe wurde nicht erfüllt. Nicht nur die Menschen und Viehleichen werden von den Wölfen gefressen, sondern auch die überlebenden Menschen und das noch lebende Vieh sind ständig bedroht. Die Menschen leben also in der ständigen Gefahr, von den Wölfen getötet zu werden. Es sind außerdem zu wenig Zelte vorhanden, um die Menschen vor dem rauhen Klima zu schützen. Erwartete Hilfsmittel bleiben aus. Diese vielen Unsicherheiten zwingen die Kurden zur Flucht. Trotz des erbitterten Lebens und dieses Schmerzes versuchen viele Widerstand zu leisten, indem sie ihre ganze Kraft einsetzen, um in ihrem Heimatort zu bleiben. Die durch die Kolonialisten bewußt betriebene Politik und ihre Folgen ist eine zweite Katastrophe.

Die faschistische Junta hat vor, die kurdische Tradition in Vergessenheit zu bringen und das kurdische Volk durch eine Zwangsumsiedlungspolitik mit einer anderen Nation zu verschmelzen. Die Hilfe der Kolonialisten an den durch das Erdbeben elternlos gewordenen Kindern kann von keiner Kraft als wirkliche Hilfe betrachtet werden. Erinnert man sich an die herrschende Armut in den Vereinen zum Schutz der Kinder und an die Ziele der Internate, so stellt man fest, welche Zwecke diese Unternehmungen verfolgen. Die Praktiken basieren auf der gleichen Logik der Assimilationspolitik der Osmanen. Diese Politik, die während des Varto- und Van-Erdbebens praktiziert wurde, ist für unser Volk kein Geheimnis mehr. Bei diesen Erdbeben sind tausende von Kindern in Vereinen zum Schutz der Kinder und in Internaten aufgenommen worden, unter den schlechtesten und unhygienischsten Umständen zur Arbeit gezwungen, als Laufburschen und Diener benutzt. Dadurch versuchte man, sie von der Existenz ihres Volkes und ihres Landes zu entfremden und sie zu Dienern des Kemalismus zu machen. Diese Politik ist nicht nur auf dem betroffenen Gebiet des Erdbebens festzustellen. Seitdem die türkische Bourgeoisie Kurdistan unter ihrer Herrschaft hat, wird eine solche Assimilationspolitik allgemein gegenüber dem kurdischen Volk angewandt. Aber die Kolonialisten werden auch dieses Mal ihre Ziele nicht erreichen.

Die Kinder, die nach dem Varto- und Van-Erdbeben der Assimilationspolitik ausgesetzt wurden, sahen wie die Leichen ihrer Eltern aus den Trümmern geborgen wurden, wie die Soldaten in den Taschen der Toten Geld suchten, wie die Ausbeuter unter dem Schutz des Staates zu Millionären wurden.

Dies alles vergrößerte ihren Haß und ihre Wut, die dazu führen werden, daß sie an dem Kampf teilnehmen werden.

Unsere Menschen, die durch eine solche Katastrophe ihre Dörfer und ihre Heimat verlassen mußten, werden gegen die Kolonialisten immer einen Haß empfinden und den Kampf gegen sie als Pflicht betrachten, weil der Kampf gegen einen Mörder, der soviel Blut vergossen hat, für jeden Menschen aus Kurdistan zu einer Ehrenpflicht geworden ist.

Tod...Schmerz und Wahlurnen

Der Druck, den die faschistische kolonialistische Junta während des mit großem Aufsehen durchgeführten Wahlunternehmens auf das Volk ausübte, betraf auch das Gebiet, das jetzt vom Erdbeben betroffen ist. Bevor die Dorfbewohner auch nur ihre toten Familienangehörigen begraben konnten, wurden sie schon an den Wahlurnen gezwungen zu wählen. Anstatt die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, warmen Decken und Medikamenten zu versorgen, wurde sie an der Wahlurne der faschistischen Kolonialisten mit großen Worten von "türkischer Staatsbürgerschaft" abgespeist. Die ahnungslosen Dorfbewohner wurden in Reih und Glied aufgestellt und mit Gewalt zum Wählen gebracht.



Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, hat die Junta auch im Katastrophengebiet nicht auf Gewaltanwendung verzichtet. Die Junta zwang die Menschen zur Wahl. Die Grausamkeit und Unter-

drückung bei der Wahl kann nicht verborgen bleiben. Für die Weiterleitung der Spenden an die Erdbebenopfer waren die Wege und Straßen nicht passierbar, für die Wahlen jedoch waren die Dörfer plötzlich auch in den entlegensten Gegenden erreichbar. Dafür hat niemand eine Erklärung abgegeben.
In den Medien der Kolonialisten sind Unverschämtheiten über die Situation nach dem Erdbeben veröffentlicht worden, wie Menschen es sich nicht ausdenken können. Dies an die Öffentlichkeit zu bringen, wäre Aufgabe eines jeden Staatsbürgers. Aber die ebenfalls veröffentlichen Meinungen der vom Erdbeben Betroffenen entlarven jede Lüge.
Am 8. November brachte die türkische Zeitung 'Milliyet' folgende Aussagen aus der Bevölkerung:
"Wir haben garnichts, wir haben kein Dorf, keine Betten, keine Decken. Unsere Männer sind nicht da. Wir wollen nichts."
"Ich habe keine Ahnung. Ich kann nicht mehr denken. Sie haben mir den Umschlag und den Stempel gegeben und ich habe nur draufgedrückt."

Bei 4 großen Erdbeben in Kurdistan sind etwa 40.000 Menschen umgekommen

Am 26. Dezember 1939 geschah in Erzincan das erste Erdbeben. Alles wurde dem Erdboden gleichgemacht. 135.000 Häuser wurden zu Trümmerhaufen, dabei starben 32.372 Menschen. Diese Zahl stellte 2/3 der Einwohner von Erzincan dar. Diejenigen, die bei diesem Erdbeben am Leben blieben, waren noch unglücklicher als die getöteten, weil die Erdbebenopfer nach einem Monat vergessen waren. Die Bewohner Erzincans wurden ihrem Schicksal überlassen. Wenn man die verfallenen und zusammengebrochenen Häuser, den Hunger und den bitteren Winter in Bezug auf die Überlebenden sieht, erkennt man, daß das Leben einen tausendfachen Tod bedeutet.
Nach dem Erdbeben wurden Geld und andere Hilfsgüter gespendet, aber dieses Geld und die Hilfsgüter sind nicht in die Hände der Einwohner Erzincans gelangt. Es wurde keinem geholfen und die für das Erdbebengebiet gespendeten Notgüter und Gelder wurden beschlagnahmt.
Datum: 19. August 1966. Dieses Mal ist das Katastrophenopfer Varto (Kreis der Stadt Mus). Bei dieser Katastrophe wurden 20.000 Häuser dem Erdboden gleichgemacht und die Zahl der Toten betrug über 3.000. In das Erdbebengebiet gingen viele "Verantwortliche". Die Zeitungen berichteten wie heute "mit triefendem Schmerz", daß über "Millionen Lira" gespendet worden seien.
Aber die Wahrheit sah anders aus. Die Überlebenden von Varto waren hungrig, nackt, krank, ohne Medikamente und obdachlos. Die Zeitungen berichteten, daß Häuser gebaut werden, die einem Erdbeben widerstehen.
Am 24. November 1976 geschah ein neues Erdbeben in Van. Bei diesem Erdbeben kamen 3.837 Menschen ums Leben. 9.458 Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht. Es wurde das gleiche gesagt und geschrieben wie bei den anderen Erdbeben, es wurden die gleichen Presseerklärungen abgegeben und die gleichen Versprechungen gemacht. Die Wucherer spielten wieder die gleiche Rolle. Die für die Bevölkerung im Erdbebengebiet gespendeten Hilfsgüter, die Nahrung, die Kleidung und andere Waren wurden auf dem Markt von den Preistreibern verkauft. Zugleich kämpfte die Bevölkerung gegen Kälte und Hunger.



Die Schuld an den Folgen des Erdbebens wurde wieder den Lehmhäusern zugeschrieben. Nach diesen 3 Erdbeben sehnten sich die Betroffenen nach ihren alten Lehmhäusern, weil sie in Zelten leben sollten und viele sogar kein Zelt bekamen. Sie sehnten sich nach ihren alten Häusern, weil sie obdachlos, hungrig und in der bitteren Kälte des Winters mit ihrem Schicksal allein gelassen wurden. Unter diesen Umständen kamen mehr Menschen ums Leben als bei dem Erdbeben selbst.
Die geborenen Kinder waren entweder tot oder verkrüppelt.
Einerseits kämpften die älteren Leute, Frauen und Kinder gegen dieses unerträgliche und unmenschliche Leben, andererseits gingen viele Familien in die Großstädte, um ein neues Leben zu beginnen. Diese Menschen wurden wie Tiere auf Lastwagen dorthin transportiert, wo sie erneut der Gefahr des

Todes ausgesetzt waren. Wegen der schweren Last der LKW's und der Beschaffenheit der Straßen kam es häufig zu Verkehrsunfällen und die Betroffenen verloren dabei ihr Leben. Die schweren Arbeitsbedingungen (z.B. als Lastträger und Bauarbeiter) und Krankheiten führen diese Menschen tagtäglich in den Tod.
Am 30. Oktober 1983 geschah im Morgengrauen eine neue Katastrophe in Erzurum. Dabei kamen 1331 Menschen ums Leben und tausende wurden schwer verletzt.
Obwohl das Erdbeben vorausgeahnt wurde, hatte man keine Maßnahmen ergriffen. Obwohl in kolonialistischen Zeitungen berichtet wurde, daß die Gefahr eines Erdbebens bestand, wurde die Bevölkerung nicht gewarnt. Die Zeitungen berichteten ebenfalls, daß in Japan, einigen anderen Ländern und sogar in der Westtürkei bei Erdbeben mit diesem Ausmaß sich die Erde nur etwas bewegt habe und lediglich geringer Sachschaden entstanden sei, wie z.B. zerbrochene Fensterscheiben. Im Gegensatz zu diesen Zeitungsberichten glich Erzurum einem Friedhof.
Als das Erdbeben in der Welt bekannt wurde, riefen viele internationale Institutionen die Bevölkerung sofort zur Hilfe auf und es wurden viele Hilfsgüter hingesandt. Ebenfalls flossen mehrere Millionen Dollar in die Kassen der Junta. In den ersten 6 Tagen wurde in den Zeitungen darüber wie üblich auf den ersten Seiten berichtet und vieles lamentiert. Doch wenn man die Presse verfolgt, findet man einige Tage später, z.B. am 9.11.83, kaum noch ein Wort über das Erdbeben und die Situation dort.
Es sieht so aus, als ob kein Erdbeben geschehen sei, keine Presseerklärungen verlesen worden wären und es keine Schreie und Tränen der Frauen und Kinder gegeben hätte.
Die Erdbebenbetroffenen von Erzurum werden diesen Winter in Zelten verbringen, wenn ihnen eines zur Verfügung steht. Danach kommt gelinde gesagt die "Auswanderung". Aber tatsächlich handelt es sich um eine Zwangsumsiedlung. Um die Kinder dem kurdischen Volk und der Heimat zu entfremden, um sie einer Gehirnwäsche zu unterziehen, werden sie vom Staat in die Schule aufgenommen und mit faschistischer Ideologie ausgebildet.
Die Frauen der Monopolbourgeoisie werden einige junge Mädchen "aus Wohltätigkeit" adoptieren. Andere, die am Leben blieben, werden wieder mit Lastwagen in den Westen in die Baumwollplantagen von Cukurova oder zum Ägäischen Meer transportiert. Es wird nochmals in den Zeitungen stehen, daß viele Menschen als Verkehrsopfer ums Leben gekommen sind, daß der "verbrecherische Vater" seine Frau und seine Tochter umgebracht hat, weil er den Verstand verloren habe. Und wenn einige Zeit vergangen ist, kommt ein neues Erdbeben. Es wird das alte Theater erneut gespielt. Es werden wieder angeblich traurige Pressekonferenzen abgehalten, wie immer "wissenschaftliche Kommissionen" hingeschickt, die nationalen und internationalen Organisationen um Hilfe gebeten. Die Hilfen und Güter werden angeblich hingeschickt, aber die Bevölkerung in dem Erdbebengebiet wird hungrig, nackt und durstig sein und mit ihrem Schicksal alleingelassen. Die Lehmhäuser werden wieder unsere Dörfer "verschönern" und den Überlebenden den Tod voraussagen.



Das ist eine Wunde der Geschichte, eine im Laufe der Geschichte immer wieder aufgerissene Wunde.
Dies wird alles so geschehen, weil wir unter Kolonialherrschaft leben.
Wenn wir als Menschen leben und nicht wie Tiere auf dem Markt verkauft werden wollen, wenn wir nicht unseres natürlichen Rechts beraubt werden wollen, wenn wir nicht hungrig, durstig und im Elend leben wollen, müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf die wahren Schuldigen richten.
Wir müssen gegen den Kolonialismus und für die Unabhängigkeit kämpfen, wir müssen wissen, daß wir keine andere Alternative haben.
Wenn wir als Menschen in Freiheit leben wollen, müssen wir den Kolonialismus niederlegen, der uns in unserem natürlichen, menschlichen Leben behindert.

Neue Expeditionen in Van

Vor ein paar Monaten wurde die Stadt Van für die Verantwortlichen der kolonialistischen faschistischen Junta und für die militärischen Repräsentanten der imperialistischen Länder eine Zielscheibe. Die aus den imperialistischen Ländern in die Türkei gekommenen militärische Kommission stellte in Van Untersuchungen an.
Es ist interessant, daß der Juntachef Kenan Evren schon zwei bis drei mal in Van war, obwohl er andere Städte der Türkei bisher noch überhaupt nicht besucht hat.
Nach dem Besuch Kenan Evrens kam auch der Außenminister der Türkei nach Van, um die Stadt eingehend zu prüfen. Die häufigen Besuche des Juntachefs Evren und des Außenministers machen ganz klar, daß in Van einige Pläne verwirklicht werden sollen. Ein Besuch des Außenministers innerhalb des Landes ist in der Geschichte der Diplomatie so gut wie nie vorgekommen. Das erhebliche Interesse an diesem Gebiet zeigt, daß hier einige Vorhaben laufen und sich einiges in Vorbereitung befindet.
Auch die in den letzten Tagen in der Türkei angekommene Kommission von Bundesgrenzschutzkommandanten gab Hilfestellung bei diesen Forschungen. Das zeigt, daß Van nicht nur für die türkische faschistische Junta, sondern auch für die Imperialisten wichtig ist.
Da Van an der Grenze zum Iran liegt, befinden sich hier seit dem Sturz des Schah einige seiner reaktionären Anhänger. Dies und die Ausbildung dieser reaktionären Schahanhänger hat sich in den letzten Tagen noch verschärft. Die ins Ausland geflüchteten Schahanhänger wurden jetzt hier organisiert.
Die angeführten Tatsachen zeigen deutlich die Rolle der Stadt Van, die eine Operationsbasis für die schnellen Eingreiftruppen der USA darstellt und dazu dient, den Einsatz der Eingreiftruppen vorzubereiten.
Für die Eingreiftruppen der USA soll die Organisierung der Schahanhänger eine zentrale Operationsbasis sein. Das Ziel ist ein Angriff auf die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in dieser Region.
Die türkische faschistische Junta und die Imperialisten geben sich äußerste Mühe, in dieser Region einen Angriffspakt und eine Operationsbasis zustandezubringen. Dafür ist Van ein günstiger Ort, denn es liegt in der Nähe der Grenzen zur Sowjetunion und zum Iran.
In den kommenden Tagen werden sich solche Ereignisse unzweifelhaft vermehren.
Aufgrund ihrer Absichten werden die Imperialisten und die türkische faschistische Junta ihre Tätigkeiten noch beschleunigen. Die Reise von Verantwortlichen aus einigen Ländern durch Van dient diesen Absichten. Deshalb ist Van für eine konterrevolutionäre Bewegung sehr günstig und deshalb soll hier ein Angriffspakt mit den Imperialisten geschlossen werden.

Ein weiterer Kriegsbeschluß hat "gesetzlichen" Status erhalten

8 Gebietsgouverneure werden innerhalb eines Jahres eingesetzt.

Um die Massen und den Befreiungskampf besser unterdrücken zu können, wird die Türkei und Nord-Kurdistan in 8 Gebiete aufgeteilt. Dadurch wird der Aufbau des Angriffs zentralisiert und die Kontrolle über die Massen erleichtert. Der Gesetzbeschluß diesbezüglich ist bereits in Kraft getreten.
Die Gebietsgouverneure (Bezirksverwalter), die in Erzurum, Diyarbakir, Adana, Konya, Kayseri, Ankara, Istanbul und Izmir eingesetzt werden, können ihre Arbeit innerhalb eines Jahres aufnehmen. In den obengenannten Zentralen der Gouvernements und in deren Umgebung werden die Gouverneure einzige Verwalter sein. Ihre Aufgaben liegen darin, Informationen über die Bevölkerung zu sammeln und sie in ihrem alltäglichen Leben unter Druck zu setzen. Das bedeutet, es werden willkürliche Maßnahmen, Plünderungen, Folter und Massaker durchgeführt.
Alle Kreise, die von dieser Maßnahme erfuhren, fragen sich, ob die Türkei durch ein "Parlament" regiert wird oder durch diese Gebietsgouverneure.

Erlebnisse eines Soldaten

"Wenn wir noch ein paar Tage dortgeblieben wären, wären wir vielleicht alle umgekommen"
Um meinen Urlaub in meiner Heimat zu verbringen, hatte ich mich auf den Weg nach Kurdistan gemacht. An der Straße kurz nach Istanbul stand ein Anhalter, der durch sein Äußeres und vor allem durch seine kurzgeschorenen Haare als Soldat oder als ein entlassener Strafgefangener zu erkennen war. Ich hielt an. "Nach Düzce will ich." Diese Stadt lag auf meinem Weg und so nahm ich ihn mit. Im Laufe unserer Unterhaltung merkte ich, daß er bis vor kurzem Soldat war und nun vom Militärdienst entlassen worden war. Während seiner Militärzeit war die türkische Armee in Irak-Kurdistan einmarschiert und er war mit dabeigewesen. Daraufhin bat ich ihn, den Verlauf der Ereignisse detailliert zu schildern. Der Soldat schilderte nun den Angriff auf Irak-Kurdistan von Anfang an:
Zuerst wurden wir mit 7000 Mann in ein Tal in der Nähe von Silegsi und Habur gebracht. Nachdem wir zum Appell angetreten waren, begann der befehlshabende Offizier zu sprechen: Mit seiner Hand zeigte er in Richtung Irak. "Freunde, wir sind hierhergekommen, um in den Irak einzumarschieren. In Kürze werden wir in dieses Gebiet einmarschieren." Bis dahin hatten wir nicht gewußt, warum wir dorthin gebracht worden waren. Uns hatte man nichts gesagt. Der Kommandant gab uns nun noch einige wichtige Informationen und Erläuterungen. "Im irakischen Gebiet kämpfen wir gegen Feinde, die schlecht ausgerüstet sind. Aber sie sind noch stärker als ausgerüstete Militärstreitkräfte und sehr flexibel. Es sind kurdische Peshmergas! (Befreiungskämpfer)". Danach beschrieb er uns die Kleidung der Peshmergas und unterstrich nochmals ihre großen kämpferischen Fähigkeiten, ihre Stärke und ihre gute militärische Ausbildung. Weiterhin erklärte er, daß sie auch gute Scharfschützen seien. Sie träfen auf 200 m eine Zigarette. Zusätzlich sprach er noch über die Waffen der Peshmergas. Sie hätten leichte Waffen bei sich und könnten dadurch praktische und bewegliche Kampftaktiken anwenden. Weiter sagte er:"Sie kennen sich im Gebiet sehr gut aus. Zwischen diesen Kurden gibt es einige, die sehr gut türkisch sprechen, die "Apocular" (PKK-Partisanen). Alle Apocular haben eine Guerilla-Ausbildung hinter sich und kennen das türkische Militär sehr gut,... " Als der Kommandant die Lage geschildert hatte, forderte er uns auf, uns den Bedingungen entsprechend zu verhalten, nicht leichtfertig zu handeln und uns unnötig der Todesgefahr auszusetzen, da auf uns unsere Mütter, Väter und Familien warteten. Er wünschte uns viel Erfolg. Danach gab er den Befehl zur Invasion. Nun marschierten wir auf die irakische Grenze zu mit Panzern, Kanonen und mit Hilfe der Luftwaffeneinheiten.
Die Dörfer, die in flachem Gebiet lagen, waren zuvor evakuiert worden. Die Häuser waren fast alle schon zerfallen und wir konnten die Dörfer leicht besetzen. Keiner wehrte sich, da keiner da war. Während dieser Besetzung hatte ich ein eigenartiges Erlebnis. Es war, als ich gerade ein Haus durchsuchte. Auf einem Regal fand ich zwei Bücher. Beide waren in Fremdsprachen geschrieben. Eines in englisch, das andere in französisch. Beide brachte ich sofort zu dem Kommandanten. Ich sagte ihm, daß ich sie in jenem zerfallenen Haus gefunden hätte. "Es wohnten also auch hier Menschen, die lesen und schreiben können." Der Kommandant sah mich an und lachte: "Die uns gegenüberstehenden Feinde sind nicht nur einfache und primitive Menschen, es gibt unter ihnen sogar Professoren."
Die Operationen bis zum Gebiet Zaxo sind sehr einfach verlaufen. Am 4. und 5. Tag unserer Invasion hatten wir Zaxo erreicht. Die Dörfer, die am Fuße der Berge lagen, konnten wir ebenfalls ohne Gegenwehr besetzen und durchsuchen. Danach drangen wir in das bergige Gebiet ein. Währenddessen begleiteten uns fast immer Hubschrauber und Flugzeuge. Ich bin mir nicht sicher, ob wir ein oder zwei Kilometer in dieses Gebiet eingedrungen waren, als wir plötzlich merkten, daß uns einige von denen beobachteten, die uns unser Kommandant beschrieben hatte. Sofort legten wir uns alle auf den Boden und verbargen uns hinter den Hügeln. Wir hatten noch keine Gelegenheit gefunden zu schießen, als diejenigen, die wir gesehen hatten, sofort durch das bergige Gebiet und den Wald verschwunden waren. Für den Weg, den sie in kürzester Zeit zurücklegten, brauchten wir ein bis zwei Stunden.
Da sich uns immer noch keinerlei Widerstand entgegensetzte, drangen wir weiter vor. Nach einiger Zeit hörten wir plötzlich bei der Einheit links von uns Schüsse. Zuerst dachten wir, daß das Feuer von oben eröffnet worden sei und so suchte jeder von uns eine Möglichkeit, sich zu verstecken. Wir, eine Einheit von elf Mann, konnten uns hinter einem Hügel verbergen. Der gegenseitige Schußwechsel dauerte stundenlang. Bei Einbruch der Dunkelheit mußte sich unsere Einheit zurückziehen. Der Kontakt mit den anderen Freunden brach ab. Obwohl wir Funkgeräte dabei hatten, konnten wir nichts machen und waren völlig durcheinander, da wir das Gebiet nicht kannten. Über Funk konnten wir verschiedene Stimmen hören, aber nichts verstehen. Mit dem Funkgerät versuchten wir unseren Kommandanten zu erreichen, um zu erfragen, wohin wir gehen sollten. Aus dem Funkgerät kamen wieder allerlei Stimmen. Eine sagte, in diese Richtung, die andere, in jene Richtung. In dieses Durcheinander hinein sagte unser Verant-



wortlicher (Cavus) aufgeregt: "Es sind bestimmt 'Apocular' (PKK-Partisanen). Sie nennen uns einen falschen Weg, damit wir ihnen in die Falle laufen." Danach besprachen wir uns und machten uns auf den Weg, von dem wir gekommen waren. Da es dunkel war und wir das Gebiet nicht kannten, kamen wir vom Weg ab. Immer wieder stolpernd und auch fallend, dabei in Todesangst, kamen wir schließlich am Habur Fluß an. Hier warteten wir bis zum Morgengrauen. Als es heller wurde, flogen wieder Flugzeuge und Hubschrauber. Sie bombardierten einige Gebiete östlich von uns. Bis zum Abend liefen wir, bis wir unseren Stützpunkt endlich erreicht hatten. 2 Tage lang hatten wir nichts gegessen. Wir gingen zu unserer 'karargah' zurück. Danach mußten wir wieder zum Appell antreten. Nun merkten wir, daß viele Freunde unter uns fehlten. Unser Kommandant war sehr nachdenklich. Er sagte, daß unsere Operationen erfolgreich verlaufen seien. Der Feind weiche immer zurück. Die Freunde, die unter uns fehlten, hätten sie zu einem anderen 'karargah' geschickt. 10.000 Soldaten seien extra noch zu uns gestoßen. Unsere Macht sei größer. Wir aber waren der Meinung, daß sich das, was der Kommandant erzählte, anders verhielt. Wir dachten an die Freunde, die nicht da waren, daß sie gestorben, verwundet oder als Geisel genommen sein könnten.

in das bergige Gebiet vorzudringen, aber wir stießen immer wieder auf großen Widerstand. In diesem Gebiet hatten unsere Flugzeuge und Hubschrauber keine große Einsatzmöglichkeit. Sie konnten nicht helfend eingreifen. Gegen diesen Guerillakampf hatten wir extra ausgebildete Kommandoeinheiten, aber auch sie konnten keinen Erfolg erzielen.
Offen gesagt: der gegenüberstehende Feind war in jeder Hinsicht besser und konnte besser kämpfen als wir. Einen Tag bevor wir uns zurückziehen wollten, morgens zwischen 2.oo und 3.oo Uhr, griffen die Peshmergas an. Die Kämpfe dauerten bis in den Morgen hinein. Es gab Tote und Verwundete. Keiner wußte die genaue Zahl.
Der Kommandant sagte am Morgen, daß die Operation erfolgreich abgeschlossen sei und wir uns zurückziehen sollten. Der Rückzug begann. Von unserer Gruppe (Manga) fehlten 3 Freunde seit 2 Tagen. Keine Spur von ihnen. Ein Tag zuvor war ein Freund schwer verletzt worden. Er war zum kizilay-Zelt (Roter Mond) gebracht worden. Nach meiner Schätzung wurden sehr viele Soldaten von uns vermißt. Wenn wir noch ein paar Tage dort geblieben wären, wären wir vielleicht alle umgekommen. Meiner Meinung nach hatten wir keinen Erfolg erzielt, wie es im Fernsehen und im Radio verbreitet worden ist.
Kurz zusammengefaßt: Obwohl die kolonialistische, faschistische Junta dies zu verschleiern sucht, war die Operation ein Fiasko. Dies wird von Tag zu Tag deutlicher. Die kolonialistische, faschistische, türkische Armee kann den nationalen Befreiungskampf Kurdistans nicht zerschlagen. Der Kampf, der unter der Führung der PKK geführt wird, wird trotz aller Repressionen immer stärker.

Ein PKK-Sympathisant

Nachrichten aus Süd-Kurdistan

Die faschistische türkische Armee ist binnen 3 Monaten zweimal in das Innere von Süd-Kurdistan eingedrungen!



Sowohl die regionalen als auch inländischen Entwicklungen und die intensivierten Verhandlungen zwischen der türkischen und irakischen Administration, die während der gesamten Wintermonate 1982-1983 geführt wurden, zeigten offen, daß die türkische, faschistische Junta in dem irakischen Grenzgebiet und in Südkurdistan im Sommer 1983 militärische Operationen, Invasionen und Angriffe durchführen würde. Schließlich wurde dieser erwartete Angriff bei Frühlingsanfang, nachdem der Schnee in den Bergen zum Teil geschmolzen war und günstige Bedingungen zur Fortbewegung bestanden, verwirklicht. Die faschistische türkische Armee ist am 25. Mai im Grenzgebiet von Cizre-Uludere-Beytülsebap 20-30km weit in Süd-Kurdistan eingedrungen. Der Angriff dauerte auf diese Weise bis Ende des Monats. Ca. 40000 Soldaten, darunter auch speziell ausgebildete Kommando-Einheiten, nahmen daran teil. Dieser Angriff der türkischen Armee wurde durch die irakische Armee, soweit ihre Kräfte ausreichten, unterstützt. Da durch die Vorbereitungen der Angriff vorauszusehen war, haben sich die Massen und kämpferischen Kräfte zum Teil zurückgezogen und sich an entsprechenden Orten angesiedelt; aus diesem Grund fanden außer ein paar kleinen Konflikten keine größeren Zwischenfälle im Süden der Grenze statt. Trotzdem war die Zerstreutheit und Erfolglosigkeit der türkischen Armee bei ihrer 4-5tägigen Besatzungsoperation von jedem offen zu erkennen. Evren, der zur damaligen Zeit Kopf der Armee und Junta war, reiste deswegen in dem Angriffsgebiet herum, um diese Zerstreutheit aufzuheben und ließ in Sirnak ein Manöver ausüben, welches die Vernichtung des vom Volk ausgehenden Kampfes bezweckte. Es hat sich aber in der Praxis erwiesen, daß diese hochgejubelten(!) Manöver keinen Erfolg haben.

Natürlich gibt es sehr tiefe historische, ökonomische und politische Gründe für diese Angriffsoperationen der türkischen, faschistischen Armee, die sich gegen Süd-Kurdistan richteten. Ohnehin spiegelte sich der Vorfall im hohen Maße in der Öffentlichkeit wider, im inneren und äußeren des Landes bewerteten verschiedene Kreise das Ereignis zu ihren eigenen Gunsten. Die Revolutionäre, die den Angriff voraussahen und die Aufmerksamkeit auf die Entwicklungen richteten, erklärten in der Zeitung Serxwebun (Unabhängigkeit) Nr.18 die historischen, politischen, ökonomischen und regionalen Gründe der Angriffsoperationen und die vorausgegangenen Entwicklungen. Sie haben die Aufgaben des Volkes und der revolutionären und patriotischen Kräfte Kurdistans ganz offen dargelegt. Ohne nochmals darauf einzugehen, möchten wir noch zwei Punkte erwähnen.

Jeder sah deutlich, daß der US-Imperialismus durch die türkische Armee mit dieser Angriffsoperation alle sozialistischen und revolutionären Kräfte, alle Völker des Mittleren Ostens offensichtlich einschüchtern wollte. Und jeder wußte, daß die türkische Bourgeoisie eine kollaborierende Klasse und die türkische Armee eine Marionette ist; aber man vermutete nicht, daß sich die türkischen Generäle so bloßstellen würden, und für die Durchführung



eines solchen Angriffs sogar den Befehl vom größten US-Generalstab erhalten. Der Angriff hat dies ganz klar erwiesen. Nun ist jeder in der Lage, ganz genau zu wissen, wie die türkische Armee in der Hand dieser schamlosen türkischen Generäle für die Interessen der USA noch in sehr viele Abenteuer und Leichtsinnigkeiten gestürzt werden wird.

Faschismus, der im Innern die Unterdrückung und Ausbeutung der Tagelöhnermassen und -schichten und einen tollwütigen anti-revolutionären Krieg bedeutet, ist in seiner chauvinistischen Politik gegenüber anderen Nationen bekannt als Kriegstreiber und bestrebt, andere Länder zu besetzen und ihren Frieden zu zerstören. Das ist die wahre Politik der faschistischen, türkischen Junta. Die Junta, die 2 1/2 Jahre lang ihr wahres Gesicht zu verschleiern versuchte und als Apostel für den Frieden auftrat, entlarvte sich mit dem Angriff auf Süd-Kurdistan selbst. Der Angriff auf Süd-Kurdistan ist nicht, wie manche vielleicht glauben, eine vorübergehende Aktion, sondern die wahre Politik einer faschistischen Diktatur. Es muß jeder erkennen, daß dieser Angriff die Übung einer langfristigen und im größeren Umfang vorbereiteten Okkupation und bewaffneten Invasion darstellt. Denn was hätten die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA, die Ausrüstung der türkischen Armee, die wöchentlichen Manöver und die hunderte von F-16 zu bedeuten, wenn die Politik des faschistischen Regimes im Mittleren Osten und die Politik der türkischen Bourgeoisie in Kurdistan nicht derartige Ziele verfolgen würden? Wir möchten hier betonen, daß diejenigen, die diesen Angriff als vorübergehend betrachten, an ihrer eigenen falschen Politik zugrunde gehen und sich die Köpfe an den Felsen der faschistischen Anti-Revolution einschlagen werden. Es hat sich in den Entwicklungen nach dem Mai-Angriff an der irakischen Grenze bestätigt, daß dieser Angriff fortgesetzt wurde, auch wenn die Form und das Maß der militärischen Invasion sich änderten. Die faschistische, türkische Armee hat ihren Angriff an der irakischen Grenze fortgesetzt und setzt ihn heute weiter fort in Form von Errichtungen strategischer Stützpunkte, Straßenbau, Operationen gegenüber der Bevölkerung im Grenzgebiet und Überschreitungen der Grenze. Die Armee-Einheiten, die sich Ende Mai aus Süd-Kurdistan zurückzogen, haben eine lange Zeit ihre Operationen im Kreis Mardin-Siirt-Hakkari fortgesetzt und unter dem Vorwand, Waffen und Verurteilte zu suchen, die Dörfer überfallen und die Bevölkerung schikaniert.

Die Ende Juni in den Osten Hakkaris gelenkten Operationen wurden im Juli im Kreis Sirnak-Pervari erneut verstärkt. Die faschistischen Armee-Einheiten sind am 30.August über Semdinli zum zweiten Mal in Süd-Kurdistan eingedrungen.

Das Ausmaß des zweiten Angriffs ist im Vergleich zum ersten geringer und kann kurz so zusammengefaßt werden: Eine Armee-Einheit aus 40 Personen ist am 30. August über Semdinli unter dem Vorwand der Schmuggelei 4-5 km in Süd-Kurdistan eingedrungen, um die in der Gegend liegenden Dörfer zu überfallen. Fünf Volksmilizkämpfer aus diesen Dörfern leisteten gegen die Besatzerarmee Widerstand und verhinderten das weitere Eindringen dieser Armee. Daraufhin zogen sich die Soldaten zurück und kamen wieder mit 14 Militärwagen, die Spezial-Kommandoeinheiten brachten.

Die auf einem Gebiet von 10 km an strategisch wichtigen Orten stationierten Kommandoeinheiten nahmen die dort liegenden drei Dörfer unter Beschuß. Gegen diese Einheiten haben 25-30 Peshmergas und Milizkräfte Widerstand geleistet, der Kampf dauerte bis in die späten Abendstunden. Die Kommandoeinheiten mußten sich in die Dunkelheit zurückziehen, da sie keinen Erfolg hatten und begriffen, daß sie zugrunde gehen würden.

Fortsetzung auf Seite 15

Wie man sieht, hat die türkische Armee auch dieses Mal eine Niederlage erlitten.
Es ist nur eines der Ereignisse. Es mag den Anschein erwecken, als ob die faschistischen, türkischen Armee-Einheiten mit der Überschreitung der Grenze, mit dem Eindringen in Süd-Kurdistan und mit den Operationen innerhalb der eigenen Grenzen sich begnügen würde.
Es ist klar, daß die Angriffe in dieser Form fortgesetzt werden. Weiterhin ist zu erkennen, daß entlang der ganzen Grenze Vorbereitungen für einen groß angelegten Krieg getroffen werden. Dies ist von Van bis Diyarbakir nachzuvollziehen.
Es ist offensichtlich, daß für eine Einmischung in den Irak und eine Okkupation Süd-Kurdistans Vorbereitungen getroffen werden und für diese Aktion auf günstige Umstände gelauert wird.
Die Entwicklungen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes zeigen, daß diese Aktion nicht lange auf sich warten läßt. Die Operationen in den Grenzgebieten werden ständig fortgesetzt. Die als patriotisch bekannten Familien werden in den Westen der Türkei angesiedelt, d.h. die Praxis der Zwangsumsiedlung wird erneut angewandt. Außerdem werden Stämme gegeneinander aufgehetzt, Blutrache geschürt und ein noch stärkeres Agenten- und Denunziantennetz aufgebaut.
Die Folgen derartiger Versuche der Kolonialisten verursachen im Volk nichts anderes als stärkeren Haß und Zorn. Die unter Armut und Unterdrückung lebenden Volksmassen begreifen allmählich, daß für die Befreiung keine andere Möglichkeit besteht als an einem erbarmungslosen Kampf teilzunehmen. Man kann annehmen, daß die türkischen Kolonialisten selbst mit ihren Unterdrükkungspraktiken das Erwachen der Massen verursachen.
Infolge der Okkupationsversuche und Unterdrückungsmaßnahmen haben die Massen ihre Angst in einem bestimmten Maß überwunden und sind somit bereit, den Kampf aufzunehmen.
Selbstverständlich wird hier die Hauptrolle für eine solche Entwicklung von der revolutionären Arbeit getragen.
Dadurch läßt sich ganz klar erkennen, daß der nationale Befreiungskampf Kurdistans sich als bestimmende Kraft entwickelt und keine anti-revolutionäre Methode diese Entwicklung verhindern wird. In einer Zeit, in der die Volksmassen bereit sind, den



Kampf aufzunehmen, ein starkes revolutionäres Potential bilden und das kolonialistische Regime auf das gesamte Kurdistan und den Mittleren Osten zielt, staunt man über diejenigen aus der Türkei und Kurdistan, die sich in Europa befinden und sich schämen und jammern, weil die Türkei 'stinkt' und die sich immer noch Revolutionär, Demokrat und Patriot nennen.

Man fragt sich mit Recht, ob sich diese Kräfte auch in Zukunft 'revolutionär, patriotisch' darstellen, wenn sie heute die Verantwortung scheuen, die Massen zu organisieren, obwohl sich die Aufgaben häufen.
Man kommt nicht umhin zu fragen, ob diese Menschen wissen, was sie sagen und was sie tun?

Fortsetzung von Seite 17

1983-Gemeinsames Wahlmanöver . . .

Türkei ist ein Muster für das imperialistische System. Dieser Schnitt wurde von allen imperialistischen und reaktionären Kräften gemeinsam gefertigt, damit die türkische Armee bei ihren Angriffen über einen möglichst großen Spielraum verfügt.
Die Angriffe einer scheinbar vom Volk gewählten Regierung und alle Beziehungen dieser Regierung sind aus der Sicht der europäischen Imperialisten gerechtfertigt und besonders günstig. Damit versuchen die europäischen Imperialisten ihre Position gegenüber der eigenen Öffentlichkeit zu festigen.
Wenn man die erfolglose Säuberungs- und Passivierungsversuche vor den Wahlen in Betracht zieht, kann man ganz sicher davon ausgehen, daß die Phase nach den Wahlen die Zeit der Ausplünderungen und Angriffe sein wird. Diese werden sogar mit der Hand einer Regierung, die mit "Unterstützung des Volkes" an die Macht gebracht worden ist und einen "gesetzlichen Status" besitzt, ausgeübt.

Oktober 83

Obwohl die Wahlen in der Türkei zwischenzeitlich stattfanden und der Artikel überholt ist, möchten wir ihn drucken, da er über die Hintergründe und die langen Vorbereitungen dieser Wahl aufklärt.

1983-Gemeinsames Wahlmanöver der USA und der Türkei

In unserem Gebiet werden ständig Kriegsmanöver veranstaltet. Unter diesen Bedingungen ist es unmöglich davon zu sprechen, daß die "Wahl-Manöver" in der Türkei irgendeine Bedeutung haben können und man ihnen mit Interesse begegnen kann. Es ist deswegen unmöglich, weil die Junta, besser gesagt der CIA, das Wahlprogamm seit langem vorbereitet und vorgeschlagen haben. Dieser Hintergrund, das wahre Gesicht der lange angekündigten 83'er Wahl, ist nicht nur der Öffentlichkeit der Türkei und Kurdistans, sondern auch der Weltöffentlichkeit bekannt. Fast alle Kräfte, auch diejenigen, die früher noch Hoffnung und Vertrauen hatten, sind inzwischen der gleichen Meinung, daß die 6. November-Wahl nichts anderes ist als die Bemühung, den Faschismus zu institutionalisieren. Wenn manche Kreise behaupten: "Seht Ihr, die Junta kehrt zur Demokratie zurück!", so ist es nicht mehr notwendig zu erklären, welche Bedeutung diese "Demokratie und das Wahl-Manöver" haben.

Welche Entwicklungen bereiten die 6. November-Wahlen vor? Das ist das Thema, an dem man festhalten muß. Die Vorbereitungen, die man in der Region und in der Türkei trifft, zeigen uns, daß man in kommenden Jahren sehr wichtige und ernsthafte Entwicklungen erleben wird. Wenn man die Rolle der Türkei im Rahmen dieser Entwicklungen betrachtet, stellt man fest, daß versucht wird manches zu verschleiern und für die Entwicklungen in der Zukunft Vorbereitungen trifft.

Die 6. November-Wahlen sind das Ergebnis der schwächsten Phase der türkischen Bourgeoisie, die sie in ihrer Geschichte erlebt hat Wir möchten hier ausdrücklich feststellen, daß der Grund, der die türkische Bourgeoisie zu diesem Manöver gebracht hat, darin liegt, daß sie ihre Ziele mit dem Putsch vom 12. September nicht verwirklichen konnte. Im Gegenteil, sie ist in eine noch tiefere Ausweglosigkeit bei der Lösung ihrer Probleme geraten, darin liegt der wahre Grund für diese Wahlen.

Die Junta der Generäle ist am 12. September als letzte Hoffnung der Bourgeoisie an die Macht gekommen. Man erwartete von ihr, daß sie im Sinne des Imperialismus und der kollaborierenden türkischen Monopol-Bourgeoisie die gesteckten ökonomischen und politischen Ziele verwirklichen würde. Hier knüpfte sie alle Hoffnungen an die Generäle-Bande. Aber trotz all ihrer Anstrengungen konnte sie nichts erreichen, sondern ihre Probleme verschärften sich noch trotz all ihrer angewandten Maßnahmen. Der 6. November 1983 ist gegenüber dem 12. September 1980 aus dem Blickwinkel der belasteten türk. Bourgeoisie ein Ergebnis der Sackgasse, aus der sie nicht mehr herauskommt. In diese Sackgasse ist sie erst durch den Putsch hineingeraten und sie befindet sich in einer Lage, aus der es auch mit den 6. November-Wahlen keine Rettung mehr gibt. Aus diesem Grund ist sie in ungeheurer Unruhe und hat sogar Angst vor ihrem eigenen Schatten. Wir wollen dies hier kurz erklären:

- Die Ökonomie konnte sich nicht aus dem Bankrott herauswirtschaften; die Schulden und Verluste haben sich vergrößert. Die Kaufkraft der Massen ist geringer geworden. Die Inflation hat ungeheure Dimensionen erreicht (über 40%). Hunger und Armut sind zum Bestandteil der Gesellschaft geworden.
- Obwohl die revolutionär-demokratische Bewegung und der nationale Befreiungskampf Kurdistans manche Schläge erlitten haben, sind sie nicht besiegt worden. Diese Bewegungen haben nach dem 12. September 1980 den ehemaligen Stand ihrer Praxis überschritten und versuchen für die zukünftige Entwicklung noch ernsthaftere Vorbereitungen zu treffen. Auf dem Boden Kurdistans sind diese Vorbereitungen schon getroffen und die Kräfte konnten sich gegen die Junta in organisatorischer Hinsicht festigen und stärken. Die Befreiungsbewegung baut ihre Beziehungen zum Volk Tag für Tag weiter aus. Das Gleiche gilt auch für die Bündnisse, die sie ausserhalb Kurdistans geschaffen hat und die nicht mehr zu erschüttern sind. Aus diesem Grund kann man behaupten, daß das Ziel des Putsches, den Atem der revolutionären Bewegung zu ersticken, durchkreutzt worden ist und die Bewegung hat ihre Möglichkeiten für die Revolution nach außen verstärkt.
- Um den Kontakt zwischen dem Volk und den Revolutionären zu brechen und das Ziel der Ausplünderung zu verwirklichen, greift die Junta die Massen an und schützt somit die Opposition mit der eigenen Hand. Heute kennen die Massen die Junta und empfinden einen großen Haß, ohne das sie durch Propaganda und Aufklärung beeinflußt worden wären.
- Die Junta ist die vertrauenswürdigste, zweitgrößte Armeekraft der NATO für das imperialisti-

sche System in unserer Region. Aber es ist auch bekannt, daß diese Armee in Wirklichkeit verfault ist. Besonders stark zeigte sich das durch den Angriff vom 25. Mai in Süd-Kurdistan, wobei sie ein großes Fiasko erlebte.

- Verschiedene Kreise der Bourgeoisie, die in den 12. September ihre Hoffnung setzten, mußten erkennen, daß es auch für sie keine Überlebensmöglichkeiten mehr gibt. Deswegen wird die Existenz der Junta für sie zu einer immer schwereren Last. Im ökonomischen Bereich werden sie von den Monopolen geschluckt und im politischen Bereich läßt man sie auch nicht zu Worte kommen. Aus dieser Sicht kann man sagen, daß die Kreise, die am 12. September mit der Junta noch einer Meinung waren, heute aus ihren Klasseninteressen heraus einig gegen die Junta sind. Die Junta ist der Vertreter des militärischen Flügels der Monopolbourgeoisie. Sie will ihre Macht mit niemandem teilen. Dieses eigensinnige Verhalten ist der Grund dafür, daß die zivilen Kreise der Monopolbourgeoisie mit der Junta in Konflikt geraten sind.

- Die Junta ist im Inneren von den Massen des Volkes, aber auch von den Völkern der Welt und der Region stark isoliert. Vor allem die Völker unserer Region sind sich im klaren darüber, welche Vorbereitungen und Aufgaben die türkische Armee übernimmt. Aus diesem Grund ist die Junta nicht mehr in der Lage, die Tatsachen zu verschleiern und ihre hinterhältigen Ziele zu verwirklichen.

Aufgrund des Protestes der fortschrittlichen und demokratischen Kreise Europas ist die Junta auch hier isoliert. Ihre NATO-Bündnispartner, die sie nicht im Stich lassen können und die ihr bei jedem blutigen Vorgehen helfen, sind auch nicht mehr in der Lage, die Junta offen zu verteidigen. Obwohl sie genau wissen, daß sie die Junta wie einen gedungenen Mörder gegen das türkische Volk, gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans und gegen die Völker der Region immer wieder losschlagen lassen, sind heute die europäischen Staaten aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit gegenüber der Junta zurückhaltender geworden. Es ist bedeutend, daß sie sogar manche Beschlüsse zum Nachteil der Junta fällen.

Die türkische Monopolbourgeoisie will die 6. November-Wahlen unter den obengenannten Bedingungen verwirklichen. Obwohl diese Inszenierung schon seit langem im Detail vorbereitet wurde, ist die türkische Monopolbourgeoisie trotzdem in Angst und Unruhe versetzt. Daran kann man deutlich sehen, wie schwach die türkische Bourgeoisie ist. Die treuesten Persönlichkeiten, die jahrelang der türkischen Bourgeoisie gedient haben, sind heute außer Funktion gesetzt. Interessant ist, daß man den neuen "Schauspielern", die heute die Rollen übernommen haben, auch keine Achtung entgegenbringt. Diese Schauspieler, die heute in das Rampenlicht treten, sind noch nicht einmal ein paar drittrangige Figuren. Schon jetzt ist alles eine Farce.

Die Verkommenheit der türkischen Bourgeoisie könnte nicht besser dargestellt werden als an diesem politischen Skandal. Man kann bei diesen heutigen Parteiführern von Anfang an eine große Verwirrung und ein Chaos beobachten. Sie schimpfen aufeinander, machen große, bedeutungslose und lächerliche Versprechen, die sogar Tierschutzvereine zu Kommentaren zwingen, sie preisen sich selbst an wie bei Gesundheits- und Schönheitswettbewerben usw....Von welcher Seite man es auch betrachtet; das Ganze ist eine verkommene und verfaulte Angelegenheit.

Wie wir anfangs gesagt haben, liegt das Problem nicht darin, welche Eigenschaften diese Personen besitzen oder wie verdorben ihr Schauspiel ist, sondern daß die türkische Bourgeoisie und der Imperialismus keine andere Wahl gehabt haben. Es ist das Produkt des ganzen Systems und des türkischen Kapitalismus. Man kann nicht behaupten, daß es der Natur des türkischen Kapitalismus und des Systems nicht angepaßt ist, obwohl dies von seiten der bürgerlichen Autoren anders dargestellt wird.

Es ist eine Phase des Zerfalls, in der der Druck von innen und außen immer größer wird. Wir wissen, daß dieses Programm vom CIA für andere Länder, in denen faschistische Diktaturen herrschen, angewandt wird. Überall dort, wo diese Programme ins Leben gerufen werden, erlebt man ähnliche Inszenierungen.

Das Ziel, das in der Türkei verwirklicht werden soll, ist ein exemplarisches Modell für die allgemeine imperialistische Politik, bei dem man sich zur Demokratie bekennt, auch wenn es ein offener Betrug ist, bei dem man den Kern der Opposition mit offener militärischer Gewalt unterdrückt und somit ihre Entwicklung verhindert. Aber dieser Versuch ist bereits jetzt gescheitert. Um ihre eigene "Demokratie" glaubhaft zu machen, sprach die Junta aufgrund des europäischen Druckes 14 Parlamentarier frei. Trotz dieser Geste ist die Junta mit ihren Freunden in Schwierigkeiten geraten.

Aber wir wissen auch, daß sich das Interesse dieser "Freunde" nicht darauf richtet, inwieweit die "Demokratie" verwirklicht wird, sondern darauf, aus dieser Situation heraus Vorteile für ihr eigenes System zu sichern. Wir müssen feststellen, daß es die fortschrittlich-demokratischen Kreise und die Öffentlichkeit sind, die wirklichen Druck erzeugen. Deshalb nimmt die Junta "zornige" Stimmen ihrer "Freunde" nicht ernst. Die Erklärungen von Kenan Evren sind dafür Beweise.

Die türkische Junta ist eine Kraft, die für das System und die Ziele des Imperialismus in der Region Aufgaben übernommen hat. Daher ist damit zu rechnen, daß sie von seiten dieses Systems jegliche Unterstützung unterhält. Die Beschlüsse des Europa-Parlaments vom September spiegeln dies wider.

Der Schnitt des Deckmantels der

BERICHT EINER KOMMISSION ÜBER DIE PROZESSE IN DIYARBAKIR

I. Daten der Reise in die Türkei (Grösch, MdL., Vultejus -Richter- Wernstedt, Mdl..) vom 8-16.10.1983

Sonnabend 8.10.83:
Abflug von Hannover über Frankfurt, München nach Ankara.
Sonntag 9.10.83:
Gespräche mit ehemaligen Gefangenen.
Montag, 10.10.83:
Besuch eines politischen Massenprozesses im Militärgelände Mamak außerhalb Ankaras, dazwischen Gespräche mit den Richtern und den verantwortlichen Militärs.
Dienstag, 11.10.83:
Gespräche mit den Anwälten und der Deutschen Botschaft.
Mittwoch, 12.10.83:
Abflug von Ankara nach Diyarbakir.
Unverhofftes Erscheinen vor dem Militärgefängnis in Diyarbakir. Etwa 2-stündiges Gespräch mit den Stellvertretern des Ausnahmezustandskommandanten.
Donnerstag, 13.10.83:
Besuch von zwei kleinen Strafverfahrensprozessen auf dem Militärgelände außerhalb Diyarbakirs.
Gespräche mit Menschen in der Stadt.
Gespräche mit Anwälten.
Freitag, 14.10.83:
Heute erst Information, daß keine weiteren politischen Verfahren anstehen. Besichtigung der Altstadt und einige Gespräche mit zufälligen Bekanntschaften (wie spricht man hier über die Prozesse?)
Versuch ersten Resumees.
Sonnabend, 15.10.83:
Rückflug von Diyarbakir nach Ankara.
Sonntag, 16.10.83:
Gespräche in der Deutschen Botschaft.
Rückflug Ankara-Hannover.

II. Ziele der Reise

- Einholen von Informationen über den Hungerstreik in Diyarbakir vom September 1983
- Authentische Einsichtnahme in die Verfahren gegen politische Angeklagte (ohne Rücksicht auf deren politische Zielsetzung.)
- Präzisere Informationen über die Berichte von Folterungen in türkischen Gefängnissen.
- Informationen über die Zustände allgemein in türkischen Gefängnissen.
- Informationen über die politischen Zustände, den Charakter der Militärregierung und des sogenannten Demokratisierungsprozesses.
- Ermutigung des demokratischen Potentials in der Türkei durch Anwesenheit und Bekundung des Interesses.

III. Erste Folgerungen aus der Reise

1. Notwendig sind regelmäßige Besuche von Parlamentariern (möglichst aller Fraktionen der Länderparlamente, des Bundestages und des Europaparlaments), Richter- und Anwaltsorganisationen bei Prozessen mit politischem Inhalt in der Türkei mit öffentlicher Rückmeldung.
2. Besuchserlaubnisse aller Militärgefängnisse mit politisch Inhaftierten - besonders in Diyarbakir - durch entsprechende Delegationen. Europäische Menschenrechtsorganisation.
3. Keine Auslieferung oder Abschiebung türkischer Staatsangehöriger, die in der Türkei strafrechtlich verfolgt werden, solange die Rechtsstaatlichkeit der Strafverfahren nicht sichergestellt ist.

Ergänzung des europäischen Auslieferungsabkommens dahin, daß der ersuchende Staat das Ergebnis des Strafverfahrens unter Vorlage des Strafurteils dem ersuchten Staat bei Abschluß des Strafverfahrens vorzulegen hat.
4. Erarbeitung einer Projektstudie zum türkischen Strafrecht und Strafprozeßrecht mit Darstellung der rechtlichen Grundlagen sowie der teilweise erheblich abweichenden Praxis als zuverlässige Grundlage zur Beurteilung der Rechtsstaatlichkeit der Verfahren und als Grundlage für die Beratung von in Strafverfahren in der Türkei verwickelter deutscher Staatsangehöriger sowie zur Information der deutschen Justiz bei Strafverfahren gegen türkische Staatsbürger im übernationalen Rechtshilfeverkehr.

Prozeßbeobachtungen in Diyarbakir

In Diyarbakir brauchten wir zum Prozeßbesuch die Genehmigung des Kommandanten des Ausnahmezustandes. Wir haben sie in einem längeren Gespräch von seinem Vertreter, einem Oberst, erhalten. Er hat uns zu täuschen gesucht. Wir hatten ausdrücklich darum gebeten, politische Prozesse sehen zu dürfen.
Wir wurden am 13.10.1983 zu zwei kleinen Verhandlungen unpolitischen Inhalts vor Kriegsgerichte geführt, obwohl am selben Tag ein politischer Prozeß gegen eine Gruppe von 7 Angeklagten der türkischen Arbeiterpartei (TIP) stattfand. Der Oberst hat uns auch verschwiegen, daß am Tage des Gesprächs mit ihm in einem Verfahren 14 Todesurteile verkündet worden sind.
Die beiden Verfahren, die wir uns angesehen haben, waren schon allein wegen der äußeren Umstände ein Schrecken.
Das Militärgelände in Diyarbakir ist noch wesentlich strenger bewacht als in Ankara. Während wir in Ankara nur oberflächlich untersucht wurden und unsere Taschen mitnehmen durften, erfolgte in Diyarbakir eine zweimalige Leibesvisitation, am Eingang des Gebäudes und beim Betreten des Gerichtsgebäudes, obwohl wir zwischen beiden Stationen von einem Soldaten begleitet waren und wir noch Schreibzeug hatten mitnehmen dürfen. Bei der Überprüfung der Schreibzeuge wurden die Füllhalter auseinandergeschraubt.
Die Bewachung des Gerichtsgebäudes war ins Groteske übersteigert. Auf dem Flur des kleinen mitten im weiträumigen Militärgebäude gelegenen Gerichtsgebäudes, in dem nur 2 oder 3 gleich uns doppelt kontrollierte Besucher - vermutlich Angehörige - warteten, drängelten sich etwa 20 Wachsoldaten, zum Teil wieder mit Nato-Schnellfeuergewehren. Zu den beiden Verhandlungsräumen standen je 6 sich in halbstündigem Abstand ablösende Wachsoldaten mit aus der Halterung genommenen schlagbereiten Gummiknüppeln in der Hand, obwohl außer uns Besucher nicht zugelassen waren.
Das Gericht bestand aus 3 Richtern, davon 2 in Uniform, von denen einer eine Robe trug. Auch der zivil gekleidete Richter trug Robe. Am Richtertisch saß ferner der Staatsanwalt. Ein Verteidiger war nicht anwesend.
In einem Fall wurde dem Angeklagten Diebstahl, im zweiten Fall wurde den beiden Angeklagten Heroinschmuggel vorgeworfen. Der Richter diktierte dem Protokollführer die Einlassung der Angeklagten in die Schreibmaschine. Beide nüchtern und sachlich geführten Verhandlungen endeten mit Vertagung. Ob der Grund der Vertagung darin lag , daß das Bestreiten der Angeklagten für das Gericht überraschend kam und deshalb keine Beweismittel zur Hand waren oder unsere Anwesenheit das Gericht zur Vertagung veranlaßte, muß offen bleiben. Die Bitte eines Angeklagten auf Haftentlassung nach einer 5 Monate dauernden Untersuchungshaft wurde ohne erkennbare Beratung des Gerichts abgelehnt.
Eine öffentliche Verhandlung fand sowohl in Ankara als auch in Diyarbakir nicht statt. Eine Möglichkeit der Teilnahme an der Verhandlung haben nur die nahen Angehörigen und auch nur, wenn sie den gleichen Namen tragen, so daß etwa die verheiratete Schwester im Prozeß gegen ihren Bruder nicht anwesend sein kann. Gespräche auf dem Militärgelände von uns mit den Anwälten oder den Angehörigen sind unzulässig. Trotzdem haben wir jeweils einige Worte gewechselt und den Zweck unserer Anwesenheit deutlich gemacht. Besonders in Ankara haben wir die Gewißheit gewonnen, daß unser Prozeßbesuch bei Angeklagten, ihren Angehörigen und den Verteidigern mit großer Freude aufgenommen worden ist. Uns wurde wegen unseres Einsatzes für die Rechtsstaatlichkeit der Verfahren erkennbar Sympathie entgegengebracht.
Wir hatten eingehende Gespräche mit mehreren Rechtsanwälten, die namentlich nicht genannt werden können, an deren Glaubwürdigkeit zu zweifeln für uns aber kein Anlaß besteht. Es handelt sich um sehr gebildete kluge Gesprächpartner, die auch in der Bundesrepublik angesehe Anwälte sein würden. Es war beschämend, daß die Zusammenkünfte unter fast konspirativen Umständen stattfinden mußten und daß einer der Anwälte unsere Einladung zum Abendessen aus Sicherheitsgründen ablehnen mußte. Verteidiger in Mamak–Verfahren trauten sich nicht, auch nur zu einem heimlichen Treffen zu kommen.
Das Ergebnis dieser Gespräche:
Eine sinnvolle Verteidigung vor den Militärgerichten ist nicht möglich. Jedes Gespräch zwischen Angeklagten und Verteidiger wird auch inhaltlich überwacht und sofort abgebrochen, wenn es nicht den Anklagevorwurf, sondern etwa

die Haftbedingungen betrifft. Das Gespräch darf nur 2–4 Minuten dauern und nur durch ein Drahtgitter geführt werden. Die Prozeßordnung wird vielfach mißachtet, ohne daß der Verteidiger die Möglichkeit hätte, dem entgegenzuwirken. Aussagen von Angeklagten und Zeugen vor der Polizei werden als Beweismittel verwertet. Die Anwesenheit des Verteidigers in der Hauptverhandlung ist nahezu nutzlos.
Es wurde uns nachdrücklich versichert, daß wir das, was wir über die Folter hörten, glauben könnten. Die Folterer würden von oben gedeckt. 1978 sei gegen einen Beamten wegen des Foltervorwurfs ermittelt; die Ermittlungen seien aber wohl ergebnislos geblieben. Zur Zeit sei wiederum ein Ermittlungverfahren gegen einen Folterer anhängig, weil er den Bruder eines Schriftstellers durch Folter getötet habe. In Diyarbakir sind, einschließlich der während unserer Anwesenheit verkündeten, insgesamt 34 Todesurteile verkündet, aber noch kein Todesurteil bestätigt worden. Das Bestätigungsverfahren dauert etwa ein Jahr.
Man wird anerkennen müssen, daß jedenfalls ein Teil der Richter ihre Berufsaufgabe ernst nimmt und daß sie auch nach dem Buchstaben des Gesetzes unabhängig sind. Trotzdem kann den Verfahren vor den Militärgerichten – auch nicht mit Einschränkungen – die Rechtstaatlichkeit bescheinigt werden.
1. Die formelle Unabhängigkeit der Richter ist vergleichweise wertlos, weil der Kommandant des Ausnahmezustandes die Richter der einzelnen Verfahren nach Gutdünken bestellt und auch während des laufenden Verfahrens versetzen kann. Die in Wirklichkeit fehlende Unabhängigkeit der Kriegsrichter ist auch aus der Tatsache ersichtlich,.daß sie in Verfahren nicht wagen können, den Foltervorwurf aufzugreifen und ihm nachzugehen. Es darf auch keine Berufsorganisation der Richter geben. In ihnen könnten sonst die Richter das Problem der Folter gemeinsam angehen.
2. Die vor dem Ausnahmezustand auch in der Türkei unbekannten Massenverfahren können auch von den besten Richtern nicht rechtsstaatlich unter Berücksichtigung des Einzelfalles abgewickelt werden. Ihre Einleitung ist nur von dem politischen Zweck des Verfahrens her zu erklären.
3. Die Strafbestimmungen des politischen Strafrechts, die nahezu wörtlich aus dem politischen Strafrecht des italienischen Faschismus übernommen worden sind, sind so weit und in der Abgrenzung so ungenau gefaßt, daß mindestens in Grenzfällen die Frage des Schuld– oder Freispruchs als notwendiger Akt richterlicher Willkür erscheinen muß. Dieser Zustand wird dadurch verschlimmert, daß die Militärgerichte zu einer ausdehnenden Auslegung neigen. Allerdings soll die Rechtsprechung des Kassationsgerichts der Militärjustiz rechtstaatlicher sein als die der zivilen Justiz.
4. Die menschenunwürdige Behandlung der Gefangenen verhindert jede Verteidigung. Die Zustände in den Gefängnissen müssen so katastrophal sein, daß man es nicht gewagt hat, sie uns zu zeigen. Wir sind deshalb darauf angewiesen, die Berichte über die grauenhaften Zustände in den Gefängnissen zu glauben. Das gedrängte Sitzen auf den Anklagebänken unter schärfster Bewachung in Verfahren, die sich über Jahre erstrecken und die nahezu vollständige Isolation von der Aussenwelt sind geeignet, die Persönlichkeit zu zerstören.
5. Die Verfahren sind nicht öffentlich. Die Öffentlichkeit wird auch nicht durch den Besuch einiger Angehöriger, gelegentlich von Delegationen und durch Vertreter einer gleichgeschalteten Presse hergestellt.
6. Eine Verteidigung durch Rechtsanwälte im herkömmlichen Sinne gibt es nicht. Rechtsanwälte haben weder die Möglichkeit einer unkontrollierten noch einer zeitlich ausreichenden Unterredung mit den Angeklagten. Die Mehrzahl der Angeklagten hat finanziell nicht die Möglichkeit, überhaupt einen Verteidiger zu beauftragen. Die stete Anwesenheit eines Rechtsanwalts in der Hauptverhandlung der Massenverfahren dürfte für keinen Angeklagten finanzierbar sein. Die Unmöglichkeit für die Rechtsanwälte, frei mit jedermann zu sprechen, ist nicht nur unwürdig, sondern erschwert auch die Wahrnehmung der beruflichen Aufgabe. Wir wissen von Rechtsanwälten, die bereits mehrfach wegen ihres Eintretens für das Recht im Gefängnis eingesesen haben und noch einsitzen.
7. Angeklagte und Verteidiger haben keinen wirksamen Einfluß auf den Umfang der Beweisaufnahme. Die Mehrzahl der jetzigen Verfahren finden unter den Bedingungen des Kriegsrechts statt, d.h. nach Art. 153 Abs. II der Militärstrafprozeßordnung, daß schriftliche Aussagen der Angeklagten und Zeugen – auch solche nach Folter – in der Hauptverhandlung verlesen und verwertet werden können, ohne daß die richterliche Vernehmung der Verhörsperson oder Zeugen erzwungen werden kann.
8. An der Tatsache massenhafter Folter kann kein Zweifel bestehen. Wir halten es für ausgeschlossen, daß die Staatsführung dies nicht weiß und müssen erkennen, daß sie keine wirksamen Anstrengungen unternimmt, sie zu verhindern. Dies läßt nur den Schluß zu, daß sie die Folter als notwendigen Bestandteil der jetzigen staatlichen Ordnung erachtet.
9. Unter diesen Umständen ist es unverantwortlich, türkische Staatsangehörige an die Türkei auszuliefern oder in die Türkei abzuschieben, wenn die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung besteht.

Beschreibung und Gesprächsverlauf mit dem Stellverteter des Ausnahmezustandskommandanten in Diyarbakir am 12 10 1983 um 17-19 Uhr (Keine Garantie für die präzise Funktion)

Wir fuhren mit einer Taxe vor eines der Tore eines riesigen Militärgeländes, das außerhalb der Stadt liegt. Man sieht durch den Zaun des Geländes (etwa 3–4 km. lang) Übungsplätze, Pappkameraden, Lastkraftwagen, Jeeps, aufgelockert durch kargen Baumbewuchs von Pappeln und kleinen Kiefern; hin und wieder sind Blumen sichtbar.
Wir werden in das Wachhäuschen gebeten, in dessen kleineren Raum wir etwa eine halbe Stunde warten, weil die uns zugestandene Besuchsgenehmigung noch nicht bekannt war. Der wachhabende Offizier (20 Jahre, pfiffig–freundliches Gesicht) läßt uns kurz durchsuchen. Wir dürfen unsere Taschen, Fotoapparate und Schreibwerkzeug mitnehmen. Das Kommandanturgebäude liegt etwa 300–400 m einwärts auf einem leicht ansteigenden Hügel.
Uns kommen Offiziere, deren Dienstgrad wir nicht kennen, entgegen und geleiten uns in den 1. Stock des wie ein modernes Verwaltungsgebäude wirkenden Baues. Im Vorzimmer des Stellvertreters empfängt uns der Adjutant (wie wir später feststellen). Er belehrt uns, daß ein Gespräch mit dem Ausnahmezustandskommandanten nur nach Genehmigung in Ankara zulässig sei (was wir nicht nachprüfen können). Wir verweisen auf unser Interesse an den politischen Prozessen, das wir in Ankara ohne diese formelle Antragsprozedur befriedigen durften. Wir hätten dies selbstverständlich eingehalten, wenn wir den Instanzenweg gekannt hätten. Da der Stellvertreter noch in Gesprächen war (oder mit Ankara Rücksprache halten mußte?), wurden wir höflich aufgefordert, Platz zu nehmen; uns wurde der landesübliche Tee angeboten. Zu uns gesellte sich ein Wehrpflichtiger, der sich als in Nürnberg aufgewachsener Fachhochschüler vorstellte. In fließendem Fränkisch–Deutsch erklärte er uns, wie falsche Meldungen über die Türkei doch in Deutschland verbreitet würden. In diesem Landesteil sei es besonders schwierig, weil hier eine andere Kultur, die kurdische, herrsche.
Wir haben uns mit ihm auf keine weitere politische Diskussion eingelassen, weil wir von der Annahme ausgingen, daß er anschließend von seinen Offizieren ausgefragt werde oder umgekehrt ausdrücklich dazu beordert war, uns auszuhorchen. Unsere Gespräche mit ihm drehten sich dann um Persönlich-Privates und über Türken in Deutschland.
Nach etwa einer halben Stunde wurden wir ins Zimmer des Stellvertreters gebeten. In einem etwa 15 m langen und 5-6 m breiten Raum befand sich auf der gegenüberliegenden Seite ein breiter Schreibtisch mit Aktenablage und Türkeikarte.
Hinter dem Schreibtisch in einem hellbraunen repräsentativen 5-beinigen Chef-Ledersessel der Stellvertreter im Hemd mit Schlips. Seine mit Ordensspangen dekorierte Jacke hing neben ihm auf einem Boy-Ständer. Ein untersetzter Mann mit schütterem, kurz geschnittenem Haar, etwa 50 Jahre, selbstbewußt, ironisch-freundlich-herablassend lächelnd trat er, als wir in der Hälfte des Raumes waren, auf uns zu, gab uns die Hand und fragte, ob wir Englisch sprechen wollten –was für ihn kein Problem sei- oder mit Hilfe der Dolmetscherin. Nachdem wir in den an der Fensterseite angebotenen Ledersesseln Platz genommen hatten, entschieden wir uns für die Übersetzung, weil wir auf jeden Fall alle Nuancierungen haben wollten.
Wir begannen das Gespräch mit einer kurzen Einleitung: uns beunruhigten Nachrichten aus Diyarbakir, hier gäbe es einen Hungerstreik, es würden Gefangene gefoltert und die Strafprozesse würden nicht nach rechtsstaatlichen Grundsätzen durchgeführt. Wir seien besorgt um den guten Ruf der Türkei im Ausland und wollten uns ein eigenes Bild von den Zuständen machen. Daher hätten wir auch den konkreten Wunsch, an Strafprozessen teilzunehmen und das Gefängnis besuchen zu dürfen.
Etwas unwillig erklärte er uns, daß er uns nur deswegen empfange, weil wir nun schon einmal in Diyarbakir seien. Er könne aber niemandem, der von einer Organisation geschickt sei (ai oder andere), Auskünfte erteilen. Wenn wir mit dem Namen eines Abgeordneten hier aufträten, dann könnten wir uns nicht auf einen Auftrag einer Partei oder dergleichen berufen. Die Türkei lasse sich von niemandem kontrollieren. Wenn wir aber als Einzelpersonen, wie jeder Tourist, das Land besuchen, würden wir Auskünfte erhalten. Wir antworteten, daß wir unsere Funktionen Abgeordnete und Richter nur deswegen gebraucht hätten, damit er sehen könnte, daß er es mit ernsthaften Leuten, die einer angesehenen Tätigkeit nachgingen, zu tun hätte. Wir seien von niemandem geschickt worden. Daraufhin begann das eigentliche Gespräch, dessen Hauptauskünfte in folgenden Mitteilungen bestand.

1- Hungerstreik

Der Streik sei von einem Einzigen begonnen worden, der angeklagt wurde, 20 Personen auf teilweise bestialische Weise malträtiert und ermordet zu haben (Aufhängen an den Füßen und Herausschneiden von Gedärmen). Obwohl er diese Scheußlichkeiten begangen habe, sei er selbst nicht gefoltert worden.
Von den 2000 Gefangenen hätten sich 60 an dem Hungerstreik beteiligt. Den Gefangenen sei jeden Tag Essen auf die Zelle gebracht worden. Die Gefangenen hätten sogar Käsestückchen und abgezählte Oliven (15) bekommen. Es sei –so wörtlich– "Offiziersessen" gewesen.
Jeden Tag seien die Gefangenen ärztlich untersucht worden. Man habe festgestellt, daß die Gefangenen von den vor ihnen stehenden Essen heimlich etwas genommen hätten. An den fehlenden Oliven (um dies zu erkennen, seien sie abgezählt worden) und Käsestückchen habe man das gemerkt.
Die Gefangenen hätten nur allgemeine politische Forderungen wie die Selbständigkeit eines kurdischen Staates gestellt. Diesen Forderungen sei selbstverständlich nicht nachgegeben worden; ebensowenig den Forderungen nach Besserung der Haftbedingungen, denn diese seien ja ohnehin gut.
Man habe aber nach etwa 14 Tagen 20 andere Gefangene, für die die Todestrafe gefordert worden war, freigelassen, um den Hungerstreikenden zu sagen, daß die Zusammenarbeit mit dem Militär sich lohne. Nach drei Wochen sei der Hungerstreik abgebrochen worden. Gesundheitlich sei kein Schaden entstanden. Es sei niemand ins Krankenhaus gekommen.

2- Zustände im Gefängnis

Die Genehmigung zu einem Besuch im Gefängnis könne er nicht erteilen, da dies allein in Ankara entschieden werde. Wenn wir aber eine solche Genehmigung erhalten sollten, würde er sich freuen, uns selbst durchs Gefängnis zu führen und wir könnten die Gefangenen dann sogar beim Baden sehen. Die Zustände im Gefängnis seien besser als in Europa.
Der Stellvertreter zeigte uns daraufhin Zeitungsausschnitte der Tercüman vom 1. Mai und Anfang August 1983, auf denen kräftige Gefangene im Gefängnishof von Diyarbakir beim gymnastischen Training abgebildet waren. Außerdem enthielten die Bilder Berichte über Alphabetisierungsbemühungen im Gefängnis. Zweimal übergibt auf einem Bild der Stellvertreter Urkunden an Frauen. Kein Geld und Eßwaren für Gefangene von ihren Angehörigen.

3- Folter

Der Stellvertreter bestritt jeden Vorwurf der Folter. Dies seien Verleumdungen bestimmter Kreise in Europa. Daß sie Erfolg mit ihrer Propaganda hätten, würde ja durch unsere Reise bestätigt. Auf unsere Vorhaltungen, daß Ärzte in Deutschland solche Folterungen bestätigt hätten, erwiderte der Stellvertreter, daß Ärzte ja überall käuflich seien. Außerdem lebten in der Region Diyarbakir Menschen, die in Familienfehden sich teilweise umbrächten und verletzten. Dies alles besage nichts.

4- Kontakte mit Anwälten

Selbstverständlich dürfe jeder Anwalt mit Gästen Kontakt aufnehmen. Gegenteilige Berichte seien nur Gerüchte. Auch wir könnten dies in Diyarbakir tun, nur nicht auf dem Militärgelände.

5- Teilnahme an Prozessen

An Prozessen dürften nur Angehörige ersten Grades (gleichen Namens; also nicht der Bruder oder Vater einer verheirateten Frau) teilnehmen; die Öffentlichkeit nur nach besonderer Genehmigung des Ausnahmezustandskommandanten. Wir könnten an einem Prozeß teilnehmen, wenn einer stattfinde. Sonst sei die Öffentlichkeit in Diyarbakir nicht zugelassen.

6- Rechtfertigungsideologie der Militärs

Der Stellvertreter rechtfertigte das Eingreifen des Militärs am 12.9.1980 mit den inneren Unruhen und ungezählten täglichen Morden. Das türkische Militär sei der Garant des türkischen Staates und sei insofern anders als jedes andere Militär der Welt. Nach dem Untergang des Großtürkisch-osmanischen Reichs habe nur die Armee die "Resttürkei" als Staat gerettet. Insofern ist die türkische Armee konstitutionell mit der Nation verbunden. Er verwies auf die Absicht kurdischer politischer Gruppen, einen selbständigen Staat Kurdistan zu gründen. Dieses würde die Armee nicht zulassen. Das Militär würde die Unverletzlichkeit seiner Heimat verteidigen.

Während einer kurzen Abwesenheit des Stellvertreters erklärte uns der Adjutant, daß in der Türkei Freiheit herrsche; es fehle nur noch das Parlament und das würde am 6. November gewählt. Deshalb sei die NATO und die Zugehörigkeit der Türkei zu ihr ein Fundament für die türkische Nation. Die ablehnende Haltung des Europäischen Parlaments gegenüber den Wahlen am 6. November könne

die Türkei ertragen, denn das türkische Volk habe eine 5000-jährige Geschichte. Gerade Deutschland müßte dies gut verstehen, da wir ja nach dem 2. Weltkrieg zweigeteilt worden seien, die Türkei aber inzwischen in 14 Staaten geteilt sei.

7– Reaktionen auf ausländische Diskussionen und unsere Anwesenheit

Der Stellvertreter machte während des Gesprächs mehrmals den Versuch, uns zu verdächtigen, wir seien falschen Informationen aufgesessen oder sympathisierten mit den kurdischen und anderen politischen Angeklagten. Wir wiesen auf unser Interesse an der Rechtsstattlichkeit der Strafprozesse hin. Uns wurde die Gegenfrage gestellt, warum wir uns denn zu der Zeit vor 1980, als die vielen Morde in der Türkei passierten, nicht um diese Morde gekümmert hätten. Wir antworteten,- daß es dafür keine unmittelbar staatlichen Verantwortliche gegeben habe; daß wir aber diese Morde nicht gutheißen, sei selbstverständlich.
Wiederholt wurden wir von den Militärs auf die Baader–Meinhof–Prozesse und die Todesfälle in Stammheim angesprochen. Die Türken hätten sich ja schließlich auch damals nicht in diese Angelegenheiten eingemischt. Dieser Vorwurf wurde uns gegenüber auch im Mamak–Gelände bei Ankara gemacht. Die Offiziere formulierten ihre Enttäuschungen darüber, daß wir den Meldungen über Folter, Isolation, Kontaktsperre mit Anwälten und Zuständen in den Gefängnissen Glauben schenkten.

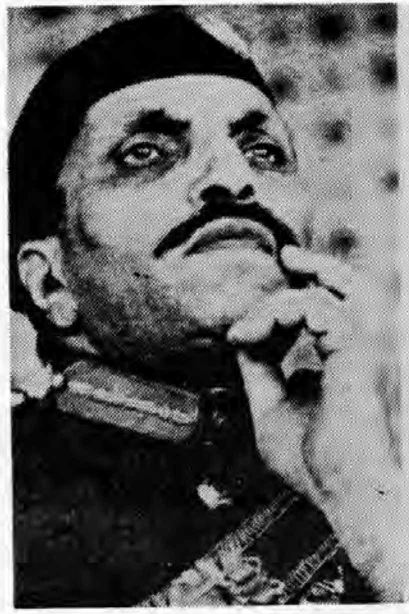
Wertung:

Die Äußerungen des Stellvertreters wurden mit großem Selbstbewußtsein und deutlich spürbarem Überlegenheitsdünkel gemacht. Seine Schilderungen über die Behandlung des Hungerstreiks entbehrten nicht einer sadistischen Nuance.
Die Behauptung über die tadellosen Verhältnisse in seinem Gefängnis, die besser seien als in Europa, wirken durch vielfache gegenteilige Berichte nicht glaubwürdig. Uns haben Anwälte inständig gebeten, den Berichten über Folterungen zu glauben. Wir haben von unterschiedlichen Personen über Folterungen in Ankara, Erzurum, Istanbul und Diyarbakir gehört.
In dem von uns erlebten Verfahren am 10.10. in Ankara haben drei Angeklagte vor Gericht ihr bei der Polizei unterschriebenes Geständnis mit der Begründung widerrufen, sie seien gefoltert worden. Die Tatsache, daß das Gericht diese Vorwürfe nicht aufgriff oder aufgreifen mochte, sondern als ausserhalb seiner Kompetenz (dies sei Sache der Polizei) liegend bezeichnet, läßt die Berechtigung der Vorwürfe als richtig erscheinen.
Der Hinweis des Stellvertreters, er könne keine Genehmigung für den Besuch des Gefängnisses erteilen, sondern allein das Innenministerium in Ankara, ist unrichtig. Das Innenministerium ist dafür nicht zuständig, wie auch die Deutsche Botschaft bestätigte; die Ablehnung eines Besuchs geht allein vom Militär aus. Und wenn die Verhältnisse so "rosig" wären, könnte eine Besuchserlaubnis auch erteilt werden. Bisher ist noch kein Ausländer in eins der größeren Gefängnisse in der Türkei vorgelassen worden, um die Haftbedingungen zu überprüfen.
Es ist falsch, daß Anwälte ohne jede Gefahr Kontakte mit Ausländern haben dürfen. Die konspirativen Umstände und die Angstreaktionen von Anwälten in den Gesprächen mit uns zeigen, daß die Realität anders ist.
Das Selbstbewußtsein und die Interpretation der politischen Rolle des Militärs speist sich nicht aus demokratischen Quellen. Die Reisedelegation hat aus den vielfältigen Gesprächen mit überlegten und ernsten Menschen den Eindruck gewonnen, daß die Parlamentswahlen vom 6.11. nur eine Farce sind. Allein die Tatsache, daß eine sozialdemokratische Partei am Stichtag der Anmeldung für die Zulassung zu den Parlamentswahlen statt der 30 geforderten Bürgen nur 28 beibrachte und zwei Tage später andere Meldungen nachschob und dies zum Anlaß für die Ablehnung zur Wahlteilnahme reichte, spricht gegen den Demokratisierungswillen.
Die Entscheidung des Europaparlaments, die türkischen Abgeordneten, die aus den Wahlen des 6. November hervorgehen, nicht aufzunehmen, muß nach unseren Beobachtungen voll gerechtfertigt erscheinen.

ZWEIFEL AN EVRENS VERSTAND!

Was hat der US-Verteidigungsminister in Pakistan gesucht?

Die Volksopposition in Pakistan gegen die Diktatur Ziya-ül Haks nimmt täglich zu.
Die "demokratische Bewegung", die als Opposition gilt, hat die betrügerischen Wahlen und die sogenannten Demokratieversprechen des Generals Ziya-ül Haks durchkreuzt und gewinnt immer mehr Unterstützung durch das Volk. Seit der Ermordung Buttos leiden die Massen unter einer faschistischen Diktatur. Aber nun erklären sie, daß sie diese Herrschaft nicht mehr länger akzeptieren wollen, gehen auf die Straße und führen Aktionen durch.
Der General weiß, daß seine Stunde geschlagen hat und steht eine schwierige Zeit durch. Obwohl er starke Unterstützung bekommt, ist er in Panik geraten. Deswegen vermehrt er seine Angriffe, Unterdrückung und Massaker. Trotzdem schafft er es nicht, die Massenbewegung zu stoppen, weil sie gegen die Unterdrückung und Grausamkeit entstanden ist. Je mehr er den Druck verstärkt, verschärfen auch die Massen ihren Kampf.
Die Marionetten, wie der General Ziya-ül Hak, und ihre Herren, die Imperialisten, wissen genau, daß diese blutige Diktatur in ihrem Interesse besteht. Damit sie an der Macht bleibt, versuchen sie ständig Unterstützung und Hilfe zu leisten.
In dem Gebiet SIND durchgeführte Wahlen haben den Protest der Bevölkerung hervorgerufen. Hunderte von Menschen gingen auf die Straße und wurden erschossen. Zu dieser Zeit reiste US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger nach Pakistan. Danach reiste er weiter nach China und Japan. Er hat seine Reise "Süd-Ost-Asien-Reise" genannt. Was Weinberger in Pakistan gesucht hat, braucht man nicht weiter zu erklären.




Ziya ül Hak



Caspar Weinberger

Ziya-ül Hak flog Anfang August in die Türkei. Zu einer Zeit, als in Pakistan eine heiße Atmosphäre herrschte, hat er in der Türkei mit Evren und anderen faschistischen Generälen konferiert, wobei er Evren seinen "Bruder" nannte. Die faschistische Evren-Bande hat ihre Professionalität, was die Angriffe, Massaker und Folterungen angeht, auf der ganzen Welt bewiesen. Ziya-ül Hak hat Gelegenheit zu einem Erfahrungsaustausch gehabt und Kenan Evren hat ihm natürlich seine "brüderliche Hilfe" angeboten. Nach der Rückreise Ziya-ül Haks nach Pakistan begann er, wie Kenan Evren, "Reisen" durch das Land zu unternehmen. Währenddessen sind tausende von Pakistani auf den Straßen massakriert und eingekerkert worden.
Der US-Verteidigungsminister hat mit seiner Reise bewiesen, daß die Methoden der Folter und Massaker, die Ziya-ül Hak von Kenan Evren übernommen hat, nicht ausgereicht haben, um die Volksopposition zum schweigen zu bringen. Doch die Opposition wurde damit nicht zurückgedrängt, sondern sie erreichte im Gegenteil gefährlichere Dimensionen.
Wir wollen noch eins betonen: Während der Reise Weinbergers durch Pakistan wurden auch die Angriffe gegen den Iran verstärkt. Zu den US-Stützpunkten, die in der Türkei gebaut wurden, wollen sie auch in Pakistan Stützpunkte errichten, von wo aus bewiesenermaßen Angriffe gegen den Iran stattfinden werden. Wie man aus Pressemitteilungen Ziya-ül Haks entnehmen kann, der nicht in der Lage ist die Schwierigkeiten in seinem Land zu bewältigen, versucht er, die ihm zugewiesenen Aufgaben zu verschleiern.
Kurz gesagt: Weinberger ist nach Pakistan gereist, um die Zerschlagung der Volksopposition zu erreichen, wozu der unzureichende Verstand Kenan Evrens nicht ausreichte. Er reiste mit der Absicht, Ziya-ül Hak mit neuen CIA-Methoden zu versorgen und unterrichtete Pakistan über seine Rolle in Bezug auf die Angriffe im Mittleren Osten.

ANGRIFFSBLOCK GEGEN NICARAGUA

Nachdem die Angriffe und Einmischungen der USA in Mittelamerika mit einem Fiasko endeten, werden jetzt offene Angriffe gegen Nicaragua geführt.
Die US-Imperialisten sagen: "Überall und alles im Interesse der USA". In dieser Hinsicht wollen sie unbedingt ihre Herrschaft in Gebieten der Revolutionen, in Mittel- und Lateinamerika, ihren Nachbarn, weiter aufrecht erhalten. Die in der Welt und in diesen Ländern in den letzten Jahren verstärkten anti-imperialistischen Kämpfe bedrohen die Existenz des US-Imperialismus mehr als je zuvor. Die getroffenen Vorbereitungen, die ständig stattfindenden Kriegsmanöver sind ein Beweis dafür, daß die Bedrohungspolitik besonders in den zentralen Widerstandsgebieten verstärkt wird. Diese Gebiete werden vor allem von seiten der USA, aber auch von seiten aller reaktionären Kräfte der Welt angegriffen. Parallel dazu gewinnt die Wichtigkeit dieser Gebiete im Kampf gegen den Imperialismus an Bedeutung. Insbesondere bestimmte Gebiete Asiens, Afrikas und des Mittleren Ostens sind Hauptziele dieser Angriffe. Weiterhin ist bekannt, daß im Mittleren Osten Kurdistan ein gefährliches Gebiet darstellt.
Die imperialistischen Kräfte bilden ein gemeinsames Bündnis gegen Kurdistan, um das Land in ein militärisches Lager umzuwandeln und es zu einem militärischen Angriffsstützpunkt zu machen.
Diese Bemühungen sind nach außen hin bekannt und wir brauchen darüber keine weiteren Erklärungen abzugeben.
Kurdistan ist im Mittleren Osten ein wichtiges Gebiet, in dem die Revolution und Konterrevolution sich zentralisiert haben. Deswegen ist es von existenzieller Bedeutung für die Kräfte in der Region. Aus diesem Grund spitzt



sich die Lage zu und Kurdistan entwickelt sich zu einem Brennpunkt. Aus diesem Blickwinkel kann man die Entwicklungen anderer Regionen erklären.
Nachrichten aus Guatemala zufolge hat der US-Botschafter in Costa Rica nicht gezögert, die Angriffsbestrebungen gegenüber Nicaragua offen darzulegen.
Während der US-Botschafter seine Angriffserklärungen gegenüber Nicaragua abgab, haben die kollaborierenden militärisch-faschistischen Regierungen in Guatemala, El Salvador und Honduras mit Direktive der USA veröffentlicht, daß sie gegen Nicaragua ein militärisches Bündnis namens -CONDECA- gründen werden. Diese Erklärung macht klar, in welcher Dimension die Vorbereitungen laufen. Im letzten Monat reiste US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger auch in das Gebiet und bemühte sich persönlich um die Verwirklichung eines solchen Bündnisses.
Wenn wir die Bedeutung dieser Brennpunktgebiete darstellen wollen, in denen nationale Befreiungskämpfe stattfinden, dürfen wir die besondere Bedeutung Nicaraguas nicht vergessen, weil Nicaragua die Krone trägt, die durch eine siegreiche Revolution gewonnen wurde. Aus dieser Besonderheit heraus ist Nicaragua eine materielle und moralische Unterstützungsquelle für die Völker in Mittelamerika, die gegen den US-Imperialismus und ihre kollaborierenden Marionettenregierungen kämpfen. Nicaragua gehört zu einer Region, in der sich die Konflikte ebenso stark zentralisieren, wie in einigen anderen Gebieten der Erde.
In dieser Region entwickeln sich die Volksbewegungen kettenartig und Nicaragua stellt für die Imperialisten ein Dorn im Auge dar. Nach dem Sturz des Kollaborateurs Somoza durch den Kampf des Volkes, wurde eine Frontregierung gebildet. Der US-Imperialismus versucht -wie in Kuba- Angriffe zu starten und

weiter diplomatischen Druck auszuüben, wobei es ihm nicht gelang, die nicaraguanische Revolution abzuschrecken und das Volk einzuschüchtern. Die Völker der Region, die erlebt haben, wie der blutige und tollwütige Diktator Somoza durch die Kraft des Volkes gestürzt wurde, haben durch die Revolution an Stärke gewonnen und sich für den endgültigen Sieg entschieden.



Die revolutionären Bewegungen dieser Länder entwickeln sich rasch und sind miteinander verbunden. Sie haben sich zu einer Gefahr für die USA entwickelt, bei der die USA mit der Möglichkeit konfrontiert wird, aus diesem Hinterhof herausgeworfen zu werden. Die USA und ihre Kollaborateure sind in Panik geraten und ihre Bedrohungen erreichen einen Höhepunkt. Ihre Kriegsfregatten stehen in der Nähe von Nicaragua in Angriffsbereitschaft.

Die fortschrittlichen Länder in dieser Region unterstützen sich gegenseitig und sind ein Beispiel für die Brüderlichkeit der Völker. Die US-Imperialisten haben mit allen Methoden versucht, diese anti-imperialistischen Bewegungen zu stoppen. Aber alle Bemühungen endeten bis jetzt mit einem Fiasko. Besonders in El Salvador, Guatemala und Honduras entwickelt sich der revolutionäre Kampf weiter. Die USA versucht aus diesem Grund Nicaragua und Kuba dafür verantwortlich zu machen und richtet ihre Bedrohungen besonders gegen diese beiden Länder. Jegliche Angriffe der USA seit 1959 wurden von Kuba militant beantwortet. Kuba hat im ökonomischen und sozialen Bereich große Fortschritte erzielt und ist ein Stützpunkt des Sozialismus in Süd-Amerika geworden. Die US-Imperialisten wissen genau, daß sie mit ihren Angriffen gegen die kubanische Regierung nicht viel erreichen werden. Während sie weiter gegen Kuba feindliche Angriffe starteten, richteten sie sich aber besonders gegen die junge Regierung in Nicaragua. Diese strategisch wichtige Angriffspolitik ist für sie notwendig, da Nicaragua eine verbindende Rolle für die Revolutionen in der Region spielt. Die USA ist sich darüber im klaren, daß sie die revolutionären Bewegungen nur auslöschen kann, indem sie die Regierung Nicaraguas beseitigt.

Die faschistischen Diktaturen in El Salvador, Guatemala und Honduras versuchen einerseits in ihren Ländern die Volksopposition zu vernichten und praktizieren Angriffe und Massaker, andererseits bilden sie untereinander Bündnisse gegen Nicaragua. Sie erklären, daß sie gemeinsam vorgehen werden. Die Imperialisten und ihre Marionetten betrachten die Beseitigung der nicaraguanischen Regierung als notwendig, um ihre Existenz aufrecht zu erhalten.

Wir möchten betonen, daß dieses letzte gebildete Angriffsbündnis sein Ziel auch nicht erreichen wird, sondern das Feuer der Revolution weiter schüren wird. Das kubanische Volk hat sich jahrelang allein gegen die Angriffe der USA gewehrt und einen Sieg errungen. Und heute ist Kuba die Quelle des Mutes und Stolzes für die Völker der Welt. Ebenfalls wird die revolutionäre Regierung Nicaraguas die Revolution bis zum Ende schützen und den Sieg davontragen. Mit der breiten Unterstützung der Völker wird Nicaragua nach Kuba der zweite große Schlag ins Gesicht des US-Imperialismus. Das heute Widerstand leistende Nicaragua wird die Quelle der siegreichen Revolutionen in der Region sein!

Fortsetzung aus Kurdistan Report Nr.5

KURDISTAN
Geschichte und Gesellschaft (4)

II. Die Eigenschaften der kurdischen Gesellschaft in Mittel-Nord-West Kurdistan

1. Wirtschaft

e) In Gebieten, die die türkische Bourgeoisie nicht erreichen konnte, entwickelt sich der Komprador- und Handelskapitalismus unter der Kontrolle der Kurden, wobei die kompradore Eigenschaft des in diesen Gebieten entwickelten Kapitalismus den Schwerpunkt darstellt. Diese genannten Gebiete wurden aus wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gründen vom türkischen Staat nicht beschlagnahmt, da er sich davon keinen Nutzen versprach.
Der nationale Handelskapitalismus wurde jedoch auf den Gebieten des Exports, des Bauwesens und des Innenhandels von Geburt an von dem Kolonial- und Kompradorkapitalismus unter Druck gesetzt. Der kurdische Kompradorkapitalismus ist vom türkischen Kapitalismus abhängig und erreicht den Status eines internationalen Kapitalismus nur, indem er sich mit dem türkischen Kapitalismus verschmelzt. Der türkische Kapitalismus betreibt den Ex- und Import nach Bedarf und erlaubt Kurdistan nur in diesem Rahmen eine Rolle zu spielen. Die kurdischen Kompradoren sind von den türkischen Kompradoren und von der kollaborierenden türkischen Bourgeoisie abhängig und sind sozusagen Kompradoren aus zweiter Hand.
f) In der Agrarwirtschaft ist die feudale und die kapitalistische Ausbeutung miteinander verbunden und wird von einer gemeinsamen Macht betrieben. Die Schwäche der feudalen Ausbeutung gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung zwingt die Großgrundbesitzer in der Agrarwirtschaft den Kapitalismus zu entwickeln. Durch die Kontrolle der türkischen Bourgeoisie über die Agrarwirtschaft wird diese Entwicklungsphase stagniert. Die Umwandlung des feudalen Großgrundbesitzers in einen kapitalistischen Großgrundbesitzer ruft im Agrarkapitalismus nationale Elemente hervor. Das Agrarland Kurdistans, das aufgrund historischer und politischer Faktoren nicht in den Händen der türkischen herrschenden Klassen liegt, wird mehr von den kurdischen Großgrundbesitzern bestellt.
Die Spaltung großer ländlicher Gebiete und die Zusammenlegung kleiner Grundstücke führen zu den mittelgroßen Grundstücken, die dem Kapitalismus das Tor öffnen und die dem nationalen Kapitalismus am nahesten stehen. Die Auflösung der feudalen Wirtschaft in Form einer Kapitalisierung der feudalen kurdischen Großgrundbesitzer in Zusammenarbeit mit dem türkischen Kapitalismus sowie unter seiner Herrschaft bedeutet jedoch nicht die endgültige Auflösung dieses Wirtschaftssystems. Die Änderung der feudalen Gesellschaft unter einer kolonialistisch-feudalen Hegemonie kann nur zum Teil verwirklicht werden. Die endgültige Auflösung des Feudalismus auf dem politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Gebiet ist nur mit der Revolution möglich.
g) Als natürliche Folge des Kolonial-Kompradorkapitalismus kommt es zu einer Freisetzung von Arbeitskraft, die auf dem Agrarland keine Beschäftigung mehr findet. Wenn sich die Möglichkeit ergibt, stellt sich diese Arbeitskraft dem Kapitalismus und Imperialismus zur Verfügung. Durch Massenauswanderung in die Türkei und nach Europa ist sie bereit, ihre Dienste unter schwersten und schlechtesten Arbeitsbedingungen mit einem niedrigen Lohn anzubieten. Die Lage der größten Reichtumsquelle Kurdistans, der Arbeitskraft des Menschen, ist der Hauptgrund der Armut und des persönlichen Rückstandes. Der Kolonial-Kompradorkapitalismus schafft keine Arbeitsmöglichkeit, zwingt die Arbeitskraft zum auswandern und bringt damit auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes die größten Nachteile.
h) Der vom türkischen Kapitalismus beherrschte und vom Markt der Herrschernation abhängige Markt Kurdistans macht die Kapitalbildung in Kurdistan unmöglich. Die Werte, die einerseits von den Staatsmonopolen beschlagnahmt und andererseits von den Kompradoren und Landkapitalisten erzielt werden, fließen ständig in die Türkei, werden dort in Kapital umgebildet und investiert. Der größte Investor in Kurdistan ist der türkische Staat. Diese Investitionen sind nicht zum Zweck des Eigenverbrauchs im Land, sondern sie sind ganz im Gegenteil Investitionen, die die Quellen des Landes völlig ausplündern. Für Privatunternehmungen sind Gebiete vorgesehen, die meistens von der türkischen Nation bewohnt werden und überall dort, wo ein maximaler Gewinn zu erzielen ist.
Für die Investierung des geschaffenen Wertes der Privatunternehmungen in Kurdistan wird, außer im Bausektor, die Türkei bevorzugt. Die Gebiete, in denen der maximale Gewinn erzielt werden kann, sind die Goldgruben des Kapitalismus. Jeder Kapitalist wird von diesen Gebieten angezogen. Die Herrschaft der türkischen Bourgeoisie auf den Gebieten der Industrie, der Finanzen und des Handels verhindert, daß die Rohstoffe und die Arbeitskraft in Kurdistan erhalten bleiben. Dadurch wird die Möglichkeit der Kapitalbildung abgeschafft. Diese Herrschaft verursacht die Anhäufung der Rohstoffe, der Arbeitskraft und des Kapitals in der Türkei. Alle Probleme Kurdistans sind auf diese Tatsachen zurückzuführen.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.



Impressum
KURDISTAN REPORT
V.i.S.d.P.:M. Aral
Grolmann str. 20
1000 Berlin 12

KONTAKT ADRESSE
SERXWEBÛN
Verlags und Handels GmbH
Postfach: 10 16 83
D - 5000 Köln 1

Zahlung an:
SERXWEBÛN
Verlags u. Handels GmbH
Deutsche Bank - KÖLN
BLZ: 370 700 60
Konto Nr.: 12 82 805
Postscheckamt - KÖLN
BLZ: 370 100 50
Konto Nr.: 2690 16-507